

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen und in allen Klößen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-N., Schützstraße und Neudorfstr. 2, Herrnhut 17 209, Postfach 18 690.
Sprechstunden: Montags 10-12 Uhr allg. Sprechstunde, Mittwochs 17-18 Uhr betriebs- und arbeitsrechtl. Fragen, Freitags 10-11 Uhr juristische Sprechstunde.

6. Jahrgang Dresden, Montag den 29. September 1930 Nummer 227

Streikaufruf der Limbacher Ortsverwaltung gegen Lohnraub an den Metallarbeitern

Metallarbeiter Sachsens, folgt dem Kampfruf! Bildet Kampfausschüsse! Rüstet zum Streit!

Kollegen, Metallarbeiter!

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes Limbach hat in einer am 27. September 1930 stattgefundenen Verwaltungssitzung einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:
„Die Tarifverhandlungen in der sächsischen Metallindustrie sind gescheitert. Die Unternehmer fordern einen Lohnabbau von 12 bis 50 Prozent. Jetzt soll ein Tarifschiedsgericht die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der sächsischen Metallarbeiter übernehmen. Die Ortsverwaltung des DMB Limbach ist sich völlig klar, daß durch einen Schiedspruch die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Metallarbeiter gewaltig verschlechtert werden. Die staatlichen Schlichtungsinstanzen sind Organe, die nur die Interessen der Unternehmer, aber nicht die Interessen der Arbeiter vertreten. Der Bomag-Arbeiterstreik ist durch einen verbindlich erklärten Schiedspruch mit einem 9- bis 12prozentigen Lohnabbau mit Hilfe der sozialdemokratischen Führer des DMB abgewürgt worden. Der Schiedspruch für die gesamte Metallindustrie wird nicht besser ausfallen als der Schiedspruch für die Bomag-Arbeiter. In Chemnitz hat der Sozialdemokrat Siegmund, Bevollmächtigter des Fabrikarbeiterverbandes, einen Schiedspruch mit 5 Pf. Lohnabbau für die Zigarettenarbeiter bewirkt und zur Annahme gebracht. Diese Tatsachen, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer mit einem Abbau der Löhne einverstanden sind, Lohnabbau bei steigender Teuerung, bei Massenentlassungen und Massenfeuern, bei Verschlechterungen auf sozialpolitischem Gebiet, sind ein Verbrechen an der Arbeiterschaft und müssen mit der Waffe des Streiks beantwortet werden.
Nicht Lohnabbau, sondern Lohnaufbau!
Die Ortsverwaltung des DMB Limbach beschließt: Wenn durch einen Schiedspruch oder durch Vereinbarung mit den SPD-Führern des DMB die Unternehmer die bestehenden Löhne oder Arbeitsbedingungen der Metallarbeiter verschlechtern, die Proklamierung des allgemeinen Streiks in der Limbacher Metallindustrie.
Die Ortsverwaltung fordert die Metallarbeiterschaft von Limbach und darüber hinaus in ganz Sachsen auf, in allen Betrieben zu diesem Beschluß Stellung zu nehmen und sich geschlossen hinter diesen Beschluß zu stellen. Wärs

in allen Betriebsversammlungen Streikleitungen! Organisiert den Streit!
Die Ortsverwaltung des DMB Limbach.“

Metallarbeiter Sachsens! Der Kampfruf der Limbacher Ortsverwaltung des DMB ist ein Alarmglocken. Unter Führung der KPD und der revolutionären Betriebsräte müssen die Be-

triebsräte der Metallbetriebe sofort zu diesem Kampfruf Stellung nehmen und sich geschlossen hinter den Aufruf ihrer Limbacher Kollegen stellen.
Treffet alle Vorbereitungen zum Streit! Schafft KPD-Bezugsgruppen! Kämpft für Lohnhöhung um 20 Pf. die Stunde! Gegen Kurzarbeit und Entlassungen! Für den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich! Schließt das Kampfbündnis mit den Erwerbslosen!

Reichstagsvertagung bis 1931?

Brüning rechnet auf Loyalität von SPD und Nazis
Dresden, den 29. September.

Wie die Morgenpresse berichtet, hat das Reichskabinett seine Beratungen über das finanzielle Reformprogramm beendet. Die Erhöhung der Erwerbslosenversicherungsbeträge auf 65 Prozent soll ohne Verzug in Kraft treten. Dabei sollen die Bestimmungen über die Annahme einer nachgewiesenen Arbeit verschärft, praktisch also die Arbeitsdienpflicht eingeführt, wie auch bei der Krisenfürsorge die Bedürftigkeitsprüfung veranlaßt werden. Bei der Kriegsgeldschädigtenfürsorge soll ebenfalls eine Kürzung erfolgen.
An Stelle des Beamtennotopfers soll eine dauernde Kürzung der Beamtengehälter in Höhe von 5 Prozent treten. Während ursprünglich eine Staffelung der Abzüge geplant war, soll sich endgültig der Abzug in gleicher Höhe auf alle Gehälter beziehen, d. h. das Heer der unteren, schlecht bezahlten Beamten soll den Riesenanteil an der Gehaltskürzung tragen.

Mit der Verwendung der Hauszinssteuer für allgemeine Etat Zwecke statt für Wohnungsbauten, soll ein Abbau der Wohnungszwangswirtschaft verflügt, neue Besitzsteuern unter keinen Umständen eingeführt werden. Im Gegenteil ist an eine Senkung der Realsteuern gedacht. Um aus den momentanen Finanzschwierigkeiten herauszukommen, soll ein ausländischer Ueberbrückungskredit in Höhe von 500 Millionen aufgenommen werden.
So massenfeindlich dieses Finanzprogramm ist, so raffiniert ist seine Durchpeitschung gedacht. Das Kabinett rechnet mit der Nichtaufhebung der Notverordnung durch den Reichstag und mit seiner Zustimmung zum Ueberbrückungskredit. Dann soll der Reichstag bis zum Januar 1931 vertagt werden. Sowohl von der Sozialdemokratie als auch von den Nationalsozialisten wird erwartet, daß beide nicht die Absicht haben, gemeinsam mit den Kommunisten Obstruktionsmanöver zu betreiben.

Steuerstreik und Steuerjobotage!

Aufruf der revolutionären Gemeindevertreter an die Werttätigen Sachsens
Dresden, den 29. September.

Unter großer Beteiligung tagte am Sonnabend und Sonntag die Landeskonzferenz der revolutionären Gemeindevertreter Sachsens. Circa 200 Delegierte aus 150 Gemeinden Sachsens waren anwesend, mit ihnen Betriebs- und Erwerbslosen-Delegationen. Am Schluß der reichhaltigen Arbeitstagung fand eine Entschliessung Annahme, in der es zum Schluß heißt:
„... In allen Gemeinden, wo die Diktatursteuern gegen den Willen der roten Gemeindefunktionäre durchgeführt werden, ist neben dem außerparlamentarischen Kampf der

Steuerstreik und die Steuerjobotage als Gegenwehr durchzuführen. Daneben muß die Auflösung des Gemeindeparkaments durch außerparlamentarischen Druck (breite Massenversammlungen) erzwungen werden. Die Einberufung von Versammlungen, in welchen Stellung zur Durchführung der Auflösungskampagne genommen wird, sind sofort einzuberufen. Höchste Aktivität ist erforderlich.
Die versammelten Delegierten erklären, daß sie im Kampfe gegen neue Massenbelastung trotz sächsischen Terrors ihre proletarische Pflicht erfüllen werden. Sie lehnen ihre Mitwirkung bei der Erhebung und Eintreibung dieser Diktatursteuern und Abgaben, für die die Sozialisten in den Länderregierungen ebenso wie der Nationalsozialist Friedl ihre Durchführungsbestimmungen erlassen haben, ab. Der Kopf- und Ledigensteuer, dem Notopfer, der Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuern, der Bier- und Schanksteuer, den Mietsteigerungen und dem Abbau der sozialen Fürsorge gilt unser schärfster Kampf.

77 Kommunisten im Reichstag

Schlußzählung ergibt 4 590 179 kommunistische Stimmen
Amtlich wird mitgeteilt: Infolge Zugangs an Stimmen bei der Feststellung des endgültigen Ergebnisses in den Wahlkreisen hat sich die Zahl der gültigen Stimmen auf 34 956 723 erhöht, darunter 4 590 179 Stimmen für die Wahlvorschläge der Kommunistischen Partei Deutschlands. Diese Partei wird daher mit 77 Abgeordneten (nicht 76) im neuen Reichstag vertreten sein. Für die übrigen Parteien bedeutet der Zuwachs an Stimmen keinen Mandatserwerb. Die Gesamtzahl der Abgeordneten beträgt nunmehr 577.

„Rot Front“ im Reichsgerichtssaal

Zuchthausprozeß gegen KPD begonnen / Unerhörte Provoaktion des Staatsanwalts

Leipzig, 29. September.
In der heutigen Verhandlung erschienen die Angeklagten zum Teil in der Uniform der Antifaschistischen Jungen Garde und des Kommunistischen Jugendverbandes. Sie betraten den Saal mit dem „Rotfront-Gruß“.
Gleich nach der Feststellung der Personalien beantragte die Verteidigung die Ablehnung des Amtserichters Rürschner und des Landgerichtsdirektors Frank wegen Befangenheit.

Rürschner stand als Kandidat auf der deutschnationalen Reichstagsliste. Frank hatte in der letzten Zeit in verschiedenen Prozessen gegen Kommunisten und Nationalsozialisten eine ausgesprochen parteiliche Haltung gegen die Kommunisten eingenommen. Die Verteidigung beantragte daher, beide abzulehnen. Die Sitzung wurde unterbrochen. Während dieser Unterbrechung gibt der Staatsanwalt die Anweisung, sämtliche Zuhörer und sogar die Pressevertreter aus dem Saale durch die Polizei zu entfernen.

Wir fordern die sofortige Aufhebung der Diktaturverordnung,
die sich nur gegen die werttätigen Massen richtet.
Werttätige! Unterstützt tatkräftig diesen Kampf, bildet Komitees gegen Massenfeuern, nehmt Stellung in den Betrieben, sozialpolitischen Organisationen, Kleinbürgerlichen Vereinigungen und Erwerbslosenversammlungen. Heraus zum Kampf gegen die Diktaturverordnung, für Steuererweigerung und Steuerjobotage. Verhindert die Eintreibung der Diktatursteuern der bankrotten Hungerregierung. Kämpft gegen Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung, Abbau der sozialen Fürsorge, für Siebenstundentag mit Lohnausgleich, für ausreichende Unterstützung aller Opfer des Kapitals.

Jungarbeiter Dresdens! Heute heraus zum Protest gegen drohendes Zuchthausurteil, 19 Uhr Freiburger Platz, 20 Uhr Keglerheim, Friedrichstraße

Indem die Gemeindevertreter die vorhergehenden Maßnahmen durchführen, mobilisieren sie am besten die breiten Massen gegen die kapitalistische Young-Republik und schaffen dadurch gleichzeitig in den breiten Massen der Werttätigen die Erkenntnis für den rückfälligen Kampf um die Errichtung eines Sowjet-Deutschlands.“

Die Straße gehört dem roten Berlin

Riefenaufmarsch im Lustgarten / Rein Faschist wagte zu provozieren

Berlin, 29. September. (Eigene Drahtmeldung.)

Der antifaschistische Riefenaufmarsch am Sonntag war ein Massenbekundnis des roten Berlin zum entschiedenen Kampf gegen den Faschismus. Unzählige Massen waren im Lustgarten versammelt. Die Reden waren nicht gefüllt. Die mitgeführten Transparente forderten die Aufhebung des NS-Verfalls, die Bildung von roten Betriebswehren, und propagierten den Metallarbeiterstreik. Die antifaschistischen Organisationen marschieren geschlossen auf.

Herr Jürgens hatte wie immer, so auch diesmal seine „Kampfbereitschaft gegen den Faschismus“ durch ein Massenaufgebot der Polizei kundgetan. In ansehensvoller, propagandistischer Weise wurde durch berittene Polizei der Versuch gemacht, die Kundgebung während der Kundgebung über den Lustgarten zu leiten. Am Widerstand der Massen scheiterte diese Maßnahme. Ebenso wurde die Polizei bis zur Schloßbrücke zurückgedrängt, als sie versuchte, eine Gummiknüttelattacke auf die Teilnehmer der Kundgebung durchzuführen. Die Polizei beschlagnahmte ein Filmauto, das Aufnahmen über „Ansammlungen“ der Polizei gemacht hatte. 45 Verhaftungen wurden vorgenommen.

Die roten Kulturbataillone im schwarzen Rheinland

Köln, 29. September. (Eig. Drahtmeldung.)

Der gestrige Kampfaufmarsch des rheinischen Proletariats in Köln gegen den Faschismus und die Kulturreaktion war die gewaltigste proletarische Demonstration, die die Kölner schwarze Metropole am Rhein gesehen hat. Das Proletariat Kölns war reiflos auf den Weinen, 150 rote Frontkämpfer marschierten in voller Uniform im Zuge, der sich zunächst zu den Gräbern der beiden, von der wilhelminischen Kamorilla ermordeten Matrosen Köbes und Reichpietsch bewegte und dort Kränze niederlegte. Weit über 50 000 Werkstätige beteiligten sich an der Demonstration. Der Volkmarkt war bereits um 16 Uhr überfüllt. In den Nebenstraßen klangen sich die Massen, und noch immer rückten neue Bataillone der Werkstätigen an. Ein besonderes Merkmal der Kundgebung war die überaus starke Beteiligung der proletarischen Jugend, der Frauen und Kinder, der Betriebsdelegationen und Betriebs- und Arbeiterwehren.

Bergab

Krisenverschärfung des deutschen Kapitalismus (Fortsetzung)

Wir hatten schon in dem ersten Artikel festgestellt, daß das Wahlergebnis vom 14. September ein Ausdruck ist für die Verschärfung der Krisenlage des deutschen Kapitalismus und für die weitere Vertiefung der Klassengegensätze. Bereits die Politik der Brüder Müller-Regierung war charakterisiert durch eine Reihe von Maßnahmen zum Abbau der Sozialpolitik, durch neue steuerliche Lasten der arbeitenden Massen und durch eine steuerliche Umverteilung im Anfang dieses Jahres, das zum Vorauswurf der Sozialdemokratie in der Reichsregierung führte, hatte keine soziale Umverteilung in der Reichsregierung geführt. Die neue Reichsfinanzplan, zu deren Sanierung die Sozialdemokratie als jähfällige und erneute Erhöhung der Steuern für die arbeitenden Massen.

So charakterisiert die Schwere der Krise des deutschen Kapitalismus, daß er gezwungen ist, auch den Teil des Proletariats mit aller Schärfe zu attackieren, der bisher gegenüber den besten wie besonders auch die Löhne der hochbezahlten Arbeiter befreit abgebaut werden und wo die Arbeiter in der Angelegenheit in der unerhörtesten Weise einer Vertiefung ihres Einkommens unterworfen werden. Immer schärfer wird die Basis der Arbeiteraristokratie, immer eindeutiger wird den proletarischen Schichten, wie die Angehörten, die sonst der meinsten Interessen mit der Bourgeoisie zu haben glauben, mit der Vertiefung der Krisenlage die Erkenntnis ihrer Klassenlage beigebracht.

Die Vertiefung der Wirtschaftskrisis veranlaßt schließlich eine außerordentliche Verschärfung des Prozesses der Sozialpolitik. Die Massen der armen und mittleren Bauern geraten infolge einer Steuerpolitik, die das Großkapital schon in Folge einer Agrarpolitik, die völlig einseitig die Interessen der Großagrarier schützt, infolge der Verschärfung der internationalen Agrarkrisis in eine immer bedrücktere wirtschaftliche Lage. Gleichzeitig gehen Zehntausende handwerklicher und kleinindustrieller Existenzen infolge der wachsenden Vertiefung der Abnahmestruktur und unter dem wachsenden Druck der kapitalistischen Konkurrenz zugrunde.

Diese Entwicklung hat den Prozeß der Kapitalisierung der arbeitenden Massen unheimlich beschleunigt, sie führt zu den „Erdrück“ bei den Reichstagswahlen, zu zunehmenden Schwierigkeiten der alten bürgerlichen Parteien, zu einer immer stärkeren Vertiefung der proletarischen Basis der Sozialdemokratischen Partei, zu einem unerwartet großen Aufschwung der Nationalsozialisten bis zu dem gewaltigen Sieg der Kommunistischen Partei.

Keinerlei gesehen, bedeutet der starke Auftrieb der Hitler-Partei eine Stärkung der politischen Lage der deutschen Bourgeoisie, denn wir erkennen nicht den Charakter dieser Partei als einer bürgerlichen Partei, die unter Führung des Finanzkapitals steht. Trotzdem wäre eine solche Beurteilung falsch, und selbst die „Kölnische Zeitung“ sagte in ihrer Besprechung:

Eine wichtige Adresse

für alle Protesttelegramme und Resolutionen gegen den Rechtsprozeß der Klassenjustiz gegen den KJVD ist folgende: Landgerichtsdirektor Franken, Leipzig, Schwurgericht

des Wahlergebnisses mit Recht, daß die 6 1/2 Millionen Stimmen für die Hitler-Partei nicht nur antidemokratische, sondern antikapitalistische Stimmen gewesen seien. Man ist es unter den nahezu 6 1/2 Millionen Stimmen für die Sozialdemokratische Partei einige hunderttausend bürgerliche Stimmen, die beweislich die bürgerlich-faschistische Partei abgegeben worden sind; die Massen der Kleinbauern, die unter dem Druck der hohen Steuern, der Verschuldung und der Agrarkrise litten, die arbeitslosen Handwerker und Kleinrentner, die vorbedrückten arbeitenden Massen der Arbeitlosigkeit bedrohten Angehörten, die nationalsozialistisch gewählt haben, drückten mit ihrer Stimmabgabe ihren Revolt gegen das kapitalistische System aus. Deshalb wäre es völlig falsch, anzunehmen, daß die 6 1/2 Millionen durch die faschistische Ideologie der Hitler-Partei an den Wagen der Bourgeoisie gespannt seien. Die Bewegung dieser Millionenmassen an die Hitler-Partei ist im Gegenteil sehr schwach, und die notwendige weitere Vertiefung der Krise der kapitalistischen Wirtschaft, der verschärfte ökonomische Druck auf diese Schichten, andererseits das Wachstum der Kampf des revolutionären Proletariats unter der Führung der Kommunistischen Partei, die entschlossene Aktivität der Kommunistischen Partei unter diesen Massen, alles das wird es möglich machen, einen immer größeren Teil dieser werkschaffenden Schichten in das Lager des revolutionären Proletariats hinüberzuführen.

Deshalb ist der Sieg der Kommunistischen Partei bei den Reichstagswahlen ein auswegloses Bedauern. Die KPD hat ihren Stimmenzuwachs von 1,3 Millionen fast ausschließlich aus den Reihen der Arbeiterschaft bekommen. Sie hat fast reiflos die Arbeitersstimmen, die von der SPD weggezogen, aufgefangen und sogar dem Zentrum im Ruhrgebiet und in Ostpreußen einen Teil ihrer Arbeiteranhänger abnehmen lassen. Dieses Wachstum der Kommunistischen Partei in den Reihen der Arbeiterschaft bereits bis zur Eroberung der Mehrheit der Arbeiterschaft in einigen wichtigen Industrieregionen Deutschlands ist nicht nur das Ergebnis einer glänzenden objektiven Lage, sondern in der Hauptfrage einer selbstbewußten revolutionären Arbeit der Partei.

Wenn das Wahlergebnis der Bourgeoisie einen gewissen Schrecken eingejagt hat, dann nicht der Aufschwung der Nationalsozialisten, sondern die Tatsache, daß diesen ein Einbruch in die entscheidenden Teile der Arbeiterschaft mißlang und daß die KPD die Position der Sozialfaschisten in der Arbeiterschaft überall und in manchen Bezirken sogar elementar zu erschüttern vermochte. Wenn gegenwärtig in den Reihen der Bourgeoisie darüber gestritten wird, ob in der kommenden Regierung die Nationalsozialisten oder die Sozialfaschisten oder keiner von beiden beteiligt werden soll, dann kann das nur ganz äußerlich darüber hinwegtäuschen, daß die gesamte Bourgeoisie in der Erkenntnis der überragenden Bedeutung des Sieges der Kommunistischen Partei sich einig ist in dem Willen einer verschärfen politischen Offensive gegen das revolutionäre Proletariat.

(Fortsetzung folgt)

KPD diesen Schwindel selbst glaubt, ist zu bezweifeln. Auf alle Fälle hofft es aber damit, die Verkehrsarbeiter und die Berliner Arbeiterschaft zu verwirren.

In Wahrheit hat unser Genosse Schwent in der Reichstagsammlung die Demagogie der Nazis entlarvt und betont, daß der Kampf der Verkehrsarbeiter gegen Nazis und Lohnraub nur unter der Führung der KPD erfolgreich sein kann und daß, um diesen Kampf zu führen, alle Arbeiter, ganz gleich ob sozialdemokratisch, nationalsozialistisch oder kommunistisch, sich unter Führung der KPD zusammenschließen müssen.

Was der Vorwärts sonst noch über Verhandlungen zwischen Nazis und Kommunisten zu berichten weiß, ist ein ebensolcher Schwindel. Zwischen den Organisatoren der Arbeitermassen des Streikbruchs, den Landbesitzer des Finanzkapitals, des Goebels, Engel und Konjorten und Kommunisten gibt es keine Verhandlungen.

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition wird unterwertig am die Verleumdungen des Vorwärts und die Verleumdungen der Nazis den Kampf der Berliner Verkehrsarbeiter organisieren und die Einheitsfront der Verkehrsarbeiter zu diesem Kampfe herstellen.

Hitler fordert Steuerfreiheit für die Schwerindustrie

Entlarbt den Kapitalistennecht vor den irreführten Naziwählern!

Dresden, den 29. September.

Im „Völkischen Beobachter“, dem Zentralorgan Hitlers, vom Sonnabend, äußert sich der Landtagsabgeordnete der Nationalsozialisten Wagner in bezeichnender Weise über mögliche Maßnahmen zur Behebung der kapitalistischen Krise. Alle Schleier der nationalsozialistischen Demagogie werden hier fallen gelassen. Wörtlich wird in Punkt 3 gefordert:

„Die deutsche produktive Wirtschaft braucht Ruhe. Keine neue Belastung, keine neue Steuer darf für sie kommen!“

Das ist wortwörtlich aus dem Programm der Kapitalisten Deutschlands entnommen. Keine Besteuerung der Millionäre, der großkapitalistischen Ausbeuter, aber Einverständnis mit dem Lohn- und Gehaltsraub für die Arbeiter und Angestellten, Einführung der Regiersteuer durch Zirk, Kürzung der Erwerbslosenunterstützung, Kürzung aller sozialen Ausgaben.

Der nationalsozialistische Abgeordnete Wagner schlägt in seinem Artikel dann noch folgende Maßnahmen vor:

Verteidigung der in den Städten angesammelten Arbeitskräfte aus Land, Arbeitsdienstpflicht! „Auf dem Balkan kann zudem praktisch gelernt werden, wie die staatlich eingeführte Dienstpflicht nicht nur keine Zuschüsse braucht, sondern Jahr um Jahr für den Staat Millionen und aber Millionen verdient werden.“

Das Zentralblatt Hitlers sagt dann noch, diese programmatischen Forderungen im Dienste der Kapitalisten mit der Phrasologie zu beschließen:

„Für uns Nationalsozialisten aber ist Arbeit — Sozialismus. Drum her damit!“

Keine Besteuerung der Kapitalisten, noch höhere Profite für die Ausbeuter! Für die Arbeiter, unteren Angestellten und Rentnern Lohnraub und Arbeitsmilitarisierung. So sieht der „Sozialismus“ Hitlers aus.

Die amerikanischen Börsentönige werden beruhigt

„Kein Putz“, erklärt Hitler in ihrer Presse

Nachdem es schon in der englischen Presse Hitler seine Befolgungstreue versichert hat, bringt nun auch die amerikanische Hearst-Presse in ihren Sonntagstablättern einen Artikel Hitlers in großer Aufmachung. Hitler schreibt:

„Andere mögen Gewalt anwenden, um uns an der Regierungsübernahme zu verhindern. Wir denken an keinen Putz. Die Wahl hat uns den Weg zur Macht gewiesen.“

Die Stadtverordnetenwahlen in Delsnik i. G.

Ein Erfolg der KPD, eine Niederlage der Brandleristen

Bei der gestern in Delsnik i. G. stattgefundenen Neuwahl des Stadtverordnetenskollegiums entfielen auf die einzelnen Parteien folgende Stimmen:

Partei	Stimmen	Kommunalwahl 28. Sept. 1930	Neuwahl 1931
Liste 1 (KPD-Opposition)	650	(1120)	
Liste 2 (Bolsch. Arbeitsgemeinschaft)	2264	(2801)	
Liste 3 (SPD)	2557	(2865)	
Liste 4 (Bürgerl. Wirtschaftsverein)	1699	(1888)	
Liste 5 (Spar- u. Hypothekenaufbauer)	691	(608)	
Liste 6 (KPD)	2183	(1116)	

Gegenüber der Reichstagswahl hat infolge geringerer Wahlbeteiligung keine Partei die Wahlsiffern des 14. September überschritten. Für die KPD ist deshalb kein genauer Vergleich möglich, da bei den Reichstagswahlen die Brandler-Opposition zur Wahl der KPD-Liste aufforderte, während sie dieses Mal wieder mit einer eigenen Liste auftrat. Diese Tatsache berücksichtigt, bedeutet das jetzige Wahlergebnis trotz geringen Stimmenverlustes eine Stärkung der KPD und einen weiteren Rückgang der Brandleristen, die in der Gemeinde Delsnik lange Zeit eine Hochburg hatten.

Neuer Schwindel über Verbrüderung der Nazis und Kommunisten

Außenkommandeur der Brandleristen

Unter der Leitung des berühmten sozialdemokratischen Direktors der Berliner Verkehrsbehörde, Probat, der ein jährliches Gehalt von 72 000 RM hat, sind im letzten Jahre 3000 Verkehrsarbeiter entlassen worden und für die übrigen Verkehrsarbeiter die Löhne durch die Einlegung unbezahlter

Verkehrsarbeiter gekürzt worden. Die Proletarier gehen mit Schrecken dem Tag der Abrechnung der Verkehrsarbeiter mit ihrem schändlichen Ausbeuterhohn näherkommen. Sie versuchen jetzt ihre Schande zu verbergen und die Abrechnung hinauszuschieben, indem sie die KPD und die SPD bei den Verkehrsarbeitern verurteilen. Dabei stützen sie sich auf die Nazis, die mit der bekannten demagogischen Manier die Entpörung der Verkehrsarbeiter für ihre Zwecke auszunutzen versuchen. Die Goebels und Co. haben einen lauberen Plan ausgedacht, um Einfluss bei den Verkehrsarbeitern zu gewinnen und die KPD und die SPD bei den Verkehrsarbeitern zu diskreditieren. Sie haben beschlossen, daß die Verkehrsarbeiter am 2. Oktober in den Streik treten sollen und fordern von den Kommunisten, daß sie sich dieser „Aktion“ anschließen.

Natürlich sind die Nazis, diese Partei der berufsmäßigen Streikbrecher, gar nicht imstande, einen Streik der Verkehrsarbeiter zu organisieren. Sie haben auch gar nicht die Mühe hierzu, zumal der Nazivertreter im Arbeiterrat der BVG gemeinsam mit den sozialdemokratischen Arbeiterräten die Anträge der KPD-Betriebsräte, die entlassenen BVG-Arbeiter wieder einzustellen, abgelehnt hat.

Der Vorwärts, das Zentralorgan der berufsmäßigen Streikbrecher und Verleumder, benutzt nun die Tatsache, daß Kommunisten in einer von den Nazis einberufenen Verammlung der Verkehrsarbeiter aufgetreten sind, um der Demagogie der Nazis entgegenzutreten, zu der üblichen Verleumdungskampagne: „Nazis und Kommunisten verbrüdern sich zwecks gemeinsamer Veranstaltung von Streikentravallen am 2. Oktober“

und behauptet foch, der kommunistische Landtagsabgeordnete Schwent, Mitglied des Ausschusses der BVG, habe in dieser Verammlung erklärt, daß die Kommunisten am 2. Oktober mit den Nazis gemeinsame Sache machen würden. Nach dem Vorwärts hat ein Führer der Nazis die Aktion am 2. Oktober folgendermaßen umfassen:

„Am 2. Oktober sollen sämtliche Straßenbahnen und Autobusse angehalten und zerstört, das Fahrpersonal und das in den Wagen befindliche Publikum verprügelt und die Direktion der BVG abgelehnt werden.“

Für diese „Aktion“ soll der Genosse Schwent die Zustimmung gegeben haben. Ob das Zentral-Organ der

Für den Sowjetbalkan! Gegen die imperialistische Balkanfront!

Erklärung der Kommunistischen Balkanföderation zur bevorstehenden imperialistischen Balkankonferenz

Am 5. Oktober 1930 wird in Athen die erste Balkankonferenz eröffnet. Sie wurde auf Initiative des Internationalen Friedensbüros, einer Institution des Völkerbundes, und mit aktiver Unterstützung der Balkanregierungen, besonders der Regierungen der Balkanligierstaaten, organisiert. Es nehmen an ihr teil „Beobachter“ der Balkanregierungen, des Völkerbundes, des erwähnten Friedensbüros, des Internationalen Arbeitsamtes usw.

Die kommunistische Balkanföderation, die Kampfvereinigung der kommunistischen Parteien der Balkanländer, erläßt aus Anlaß der I. Imperialistischen Balkankonferenz eine Erklärung, in der es heißt:

Die Konferenz wird von den Balkanimperialisten, Henkern und Ausbeutern, gemeinsam mit den englischen und französischen Imperialisten organisiert, nicht um „den Frieden zu sichern“, sondern um den neuen Krieg, in erster Reihe gegen die Sowjetunion, intensiver und gemeinsam vorzubereiten; nicht um die „Annäherung der Balkanvölker“ zu erzielen, sondern zur Annäherung der faschistischen Diktaturregierungen und Bourgeoisien, um besser und gemeinsam gegen die um mehr Brot, Boden und Freiheit, um nationale Befreiung und Unabhängigkeit kämpfenden werktätigen Massen vorzugehen, um gemeinsam gegen die revolutionäre Bewegung der Arbeiter, werktätigen Bauern und der unterdrückten Nationen und zur gemeinsamen Intervention gegen die in diesem oder jenem Balkanland ausbrechende Revolution zu rufen, um die gemeinsame Front gegen das Volkwerk der Revolution, die Sowjetunion, aufzurichten; nicht um die Idee der Balkanunion der Balkanvölker zu fördern, sondern die Idee der Balkanunion der diktatorischen Regimes, der Massenplünderer und Unterdrücker.

Die Konferenz tritt zusammen in einem Zeitpunkt, da die gesamte kapitalistische Welt von einer steigenden Wirtschaftskrise gezeichnet wird, die auf dem Balkan mit seiner atuten Agrarkrise besonders scharf wütet.

Die unterdrückten Nationen stöhnen unter dem doppelten und dreifachen Druck der herrschenden Klasse: ihre Dörfer werden gebrandschatzt, die harte Faust des Imperialismus raubt ihnen Heimat, Schule, Sprache, eigene Kultur und eigenes Leben.

Je mehr diese Krise fortschreitet, desto wilder, barbarischer, tierischer tobt und wütet der faschistische Terror der herrschenden Klasse.

Aber der Widerstand und Kampfesgeist der werktätigen Massen ist nicht zu brechen. Immer mehr scharen sie sich um ihre kommunistischen Parteien, immer enger schließen sie ihre Reihen und bilden die Einheitsfront des Kampfes gegen die blutbesiedelte imperialistische faschistische Herrschaft der Bourgeoisie. In diesem Kampf wissen die Massen, daß sie allein sind: immer weiter werden die Bande der Sympathie und Solidarität der werktätigen Massen des Balkans mit den Massen der Sowjetunion, des Landes, in dem die Arbeiter und Bauern am Sozialismus bauen, in dem — im Gegensatz zur kapitalistischen Welt — der materielle, soziale und kulturelle Aufstieg der Werktätigen immer höhere Stufen erklimmt, die Kollektivierung der Landwirtschaft mit riesigen Schritten vorwärts geht, und in dem jede Nation ihr eigenes Leben entfaltet.

Die kommunistische Balkanföderation brandmarkt die Sozialdemokratie des Balkans, die Topalovic und Konjovic, die seit Jahren die imperialistische „Rugoslavische Föderation“ unter der Führung der großserbischen Diktatur und ihres blutigen Alexander propagieren, die Putschisten, Führer und Kompanie, die diese Konferenz aus Kräften unterstützen, als offene Agenten des Balkan- und internationalen Imperialismus und als Kriegshetzer gegen die Sowjetunion, und ist überzeugt, daß die christlichen werktätigen Elemente, die noch der Sozialdemokratie folgen, an der Seite des revolutionären Proletariats und Bauertums für die soziale und nationale Befreiung kämpfen werden.

Entreißt dem Henker Pilsudski seine Opfer!

Kettet drei Genossen vor dem Strang!

Faßt sofort in Betrieben und Massenversammlungen Protestentscheidungen gegen die vom polnischen Faschismus gefälltene Todesurteile!

Warschau, 27. September. Das Todesurteil des Warschauer Gerichtes gegen drei Kommunisten, die Genossen Kahan, Sosnowicz und Niewiadomski erging folgte wegen der Erschießung eines Polizeipolizisten im Mai dieses Jahres. Es besteht große Gefahr, daß Pilsudski den Befehl zur Vollstreckung dieser Schreckensurteile geben wird, zumal die Urteile im Zusammenhang mit dem Wahlkampf in Polen zu betrachten sind, für den der polnische Faschismus seinen Terror verzehnfacht hat.

Vor einigen Wochen waren drei Jungarbeiter in Lemberg zum Tode verurteilt worden. Der Proteststurm der internationalen Arbeiterklasse war so groß, daß das Urteil nicht vollstreckt werden konnte.

Heute ist der Klassenkampf in Polen wesentlich verschärft. Der Henker Pilsudski wendet täglich die grausamsten Maßnahmen gegen die revolutionäre Arbeiterklasse an.

Soll die internationale Protestaktion diesmal von Erfolg begleitet sein, muß sie mit verzehnfachter Wucht eingeleitet werden.

Nehmt sofort in Betrieben, Organisationen und Massenversammlungen gegen den Pilsudski-Terror Stellung!

Entreißt drei aufrechte proletarische Kämpfer den Henkershänden!

Unerschrockener Kampf gegen faschistischen Terror

Finnlands rote Front wächst

**Die Unternehmer entlassen jeden revolutionären Arbeiter — 500 Verhaftete
Die Helsingforsker Arbeiter schützen ihre Stadtverordneten**

Helsingfors, 27. September. Je näher der Termin der Wahlen zum finnischen Riksdag rückt, um so schärfer wird der Terror der Lappo-Faschisten gegen die revolutionären Arbeiter, die unentwegt für die illegale kommunistische Partei, für ein Sowjetfinland agitieren.

Im Industriezentrum Tammerfors hat eine Konferenz der 60 wichtigsten Industrieunternehmen der Textil- und Schuhbranche, die etwa 10.000 Arbeiter beschäftigen, stattgefunden. Die Industrieherrn faßten den Beschluß, jeden Arbeiter zu entlassen, „der im Verdacht kommunistischer Sympathien steht.“ Mehrere Konferenzen von landwirtschaftlichen Unternehmungen und aus der Holzindustrie haben bereits früher stattgefunden. In den letzten Wochen wurden insgesamt 500 Arbeiter und Kleinbauern verhaftet, 72 allein in Wasa. Gegen 200 kommunistische Funktionäre wird ein Prozeß wegen Hochverrats durchgeführt.

Die örtlichen Wahlkomitees, die von revolutionären Arbeitern gebildet wurden, um an den Wahlen teilnehmen zu können, wurden zum größten Teil von der Polizei als angebliche Fortsetzung des verbotenen Arbeiter- und Bauernbunds aufgelöst. Trotzdem werden die Arbeiter an den Wahlen teilnehmen, indem sie die Namen ihrer revolutionären Kandidaten auf die Stimmzettel schreiben.

Auch die Terrorakte der Lappo-Banden stoßen auf breiter Abwehr der Arbeitermassen. In Helsingfors sammelten sich über 1000 Arbeiter um das Gebäude, in dem das Stadtparlament Sitzung hielt, so daß die Faschisten es nicht wagten, die Arbeitervertreter wegzuschleppen. Verschiedentlich wurden auch Lappo-Bande, die Arbeiter verschleppen wollten, erschossen oder befehlungslos gestoppt.

Die finnische Arbeiterklasse, die auf einem Vorposten gegen den Faschismus und für die Verteidigung der Sowjetunion steht, wird nach einer neuen Sammlung ihrer Kräfte bald zu breit angelegten Massenaktionen übergehen.

Die kommunistische Balkanföderation erklärt:

Der einzige Ausweg aus der Krise für die werktätigen Massen, der einzige Weg zur nationalen Befreiung und Vereinigung der Balkanvölker ist und kann nur sein: der Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie, der Sturz des faschistischen Diktaturregimes auf dem Balkan, die Aufrichtung der Arbeiter- und Bauernregierung in jedem Balkanland, die Aufrichtung der Balkanföderation der Arbeiter- und Bauernrepubliken, die Errichtung Sowjetbalkans.

Nur das Bündnis der Arbeiter und Bauern unter der Hegemonie des Proletariats, mit der kommunistischen Partei an der Spitze, nur die revolutionäre Einheitsfront der Arbeiter, werktätigen Bauern und der national unterdrückten Volksmassen des Balkans, nur ihr Bündnis mit dem internationalen Proletariat, mit den Sklaven der kolonialen und halbkolonialen Länder sowie mit den befreiten, am Sozialismus bauenden Arbeitern und Bauern der Sowjetunion, nur ihr gemeinsamer, zäher, tagtäglich Kampf um Brot, Boden und Freiheit, gegen die faschistische Diktatur, gegen die imperialistischen

Kriegsvorbereitungen und für die Verteidigung der Sowjetunion, für den Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie und für die Macht der Arbeiter und Bauern, nur die Arbeiter- und Bauernrevolution — führt zur sozialen und nationalen Befreiung der Arbeiterklasse, des werktätigen Bauertums und der unterdrückten Nationen auf dem Balkan. Auf alle Versuche, die konterrevolutionäre Front der Balkan- und internationalen Imperialisten herzustellen, werden die Arbeiter, werktätigen Bauern und die unterdrückten Nationen mit der Herstellung der revolutionären Front antworten:

Nieder mit der imperialistischen kriegshetzerischen Balkankonferenz!

Nieder mit ihren sozialfaschistischen Agenten!

Es lebe das Bündnis und der gemeinsame Kampf der Werktätigen des Balkans!

Auf zum Kampf für die Verteidigung der Sowjetunion!

Es lebe die Balkanföderation der Arbeiter- und Bauernrepubliken!

Auf zum Kampf für Sowjetbalkan!

Sturm auf Essen

Von Hans Marchwitza

Ein nebliger, kalter Märztag. Es war spät am Nachmittag. Auf den Höfen des grauen, verwitterten und verborgenen Straßenzuges lärmten spielende und freilebende Kinder. Eine Schar Jungen rannte über die Straße, bewarf sich mit Steinen, sprang hin und her und gewidert zwischen den rasenden Autos durch, sprang um die Hausecken und spielte Krieg.

Die Kaserne 35 war eine der ältesten in dem Straßenzug, der bis auf wenige baufällige Notizen Eigentum der Gewerkschaft Friedrich-Engelmann war. Das Haus war von seinen Nachbarhäusern nur dadurch unterschieden, daß es einen Fuß breit aus der Front herausgeworfen war. Auch dort, auf den Treppen, in dem beständig dämmerigen Hausflur, war Kinderlärm zu hören. Zwischen durch das gleichmäßige „hub hub hub“ des auf- und absteigenden Waschmaschinenwagels, den die robuste Kaumannsche in der ersten Etage mit ihren unermüdeten Händen hin- und herschwang.

Ein Berg Arbeitswäsche, Bettzeug, Bindeln und sonstigen Kram lag vor dem dampfenden Wäschefuß gestärkt und machte die läbige Luft noch unerträglicher. In diesem Wäschefuß räumte sich ihr Jungfer, ein kugelrunder, nachgepanneter Bengel, rief sie am Kopf und plapperte. „Na, mein Junge, spiel mal, Hermannchen!“ Sie sagte es fast im singenden Tonfall, im Takt ihrer Arbeit, und rief den Schwengel ohne Unterbrechung hin und her, daß es bis zum Trockenboden dröhnte.

Im Hofe knallten Knirschschläge. Kaumann zerleinerte dort die Holzabfälle, die er unterm Hof von der Beche mitgebracht hatte. Die zehnjährige Liese der Kaumannsche kam mit einer Schürze voll Holz herauf.

„Der Vater haut für'n ganzen Jahr!“ Sie lachte hell und lustig auf.

„Wir können's brauchen, Kind“, sagte die Kaumannsche, „es gibt wieder Frost!“

„Oder Schnee!“ sagte die Liese erfahren. Sie verschwand mit dem Holz in der Küche. Warmer, nach Holz und Kar-

toffeln riechender Dunst schlug aus der geöffneten Tür heraus. Die Kinder auf der Treppe schnappten.

„Mutter“, rief eine herauf, „bist du bald fertig?“

„Bald!“ rief die Kaumannsche und taute einen neuen Stoß Wäsche ins Fass hinein.

„Ich habe Hunger!“ „Ich auch!“

Sie kamen die Treppe heraufgestürzt. „Gibt es gleich was?“

„Gleich!“

Wie die Küken eine Stube, so umringten die hungrigen Kinder die Mutter. „Liese!“ rief sie in die Küche hinein.

„Was ist?“ Liese steckte ihr lustiges Gesicht heraus.

„Schöpf auf, Liese! Du stehst, die Krüchler lassen mir keine Ruh!“

„Bis der Vater raufkommt!“

„Vater!“ Die Kinder stürmten die Treppe herunter.

Auf der Treppe knatterten Kaumanns schwere Holzschuhe. Die Kinder kamen lachend hinterher. Jedes trug einen Teil des gepackten Holzes im Arm.

„Bist fertig?“ fragte seine Frau.

„Jo, hoffentlich lang's bis zum Frühjahr!“ brummte er und spuckte die Priemdrüse in einen Ascherimer, der in der Flurecke stand.

„Du gehst rein, die Liese kann dann aufschöpfen!“ sagte die Kaumannsche und wuschelte von neuem los. „Sol Hermannchen rein!“ rief sie schon wieder in voller Arbeit der Liese nach. Liese kam zurück und rief den Kleinen, der zu quatschen anfing, aus dem Wäschehaufen heraus.

„Komm, du kleiner Drecksack!“ Der Kleine quatschte noch mehr. Liese streckte ihn von sich. „Wie der sich nachspaddelt hat!“

Die Kaumannsche lachte. „Den Bengel kannst pudelnackend in den Frost hinaus schicken, dem passiert nichts!“

Sie kniffte dem plappernden Kind auf den rotenfrostigen Hintern und strahlte übers ganze Gesicht. „Du, nimm ihn rein, Liese, Kopf ihm mal den Bauch!“

Erin begann ein Geklapper und Streiten. Dazwischen die beschwichtigende Stimme der Liese: „Macht doch kein Krach, jeder kriegt was!“

„Aber den Keller voll!“ „Meinen pidevoll, Liese!“ „Ich könnte den ganzen Gott anessen!“ rief der siebenjährige Karl. „Ach zwei Pötte voll!“

„Mh, du ...?“ lachte die achtjährige Marie, „da plagte ja auf!“

„Mue, Blagenzeug!“ brummte Kaumann ärgerlich. „Frest und halt's Maul.“

Es wurde ruhiger. Vor dem mürrischen Vater hatten sie Respekt.

Kaumann war Reparaturbauer im 5. Revier der Schichtanlage Friedrich-Engelmann. Fast alle Männer der Kaserne waren dort tätig, Bauer und Lehrhauer. Nur der alte Martin Kreuzat war Invalide. Der wohnte eine Treppe höher in der zweiten Etage. Zwischen den Kaumanns und den Kreuzats bestand ein halb freundschaftliches Verhältnis. Wenn sich die Frauen auf der Treppe trafen oder im Hof, dann tauschten sie ihre Meinungen aus, sprachen über ihre Ziegen und Hühner; sonst aber vermieden sie es, sich in ihren Wohnungen zu besuchen. Die Kreuzat, weil sie den Kinderlärm nicht vertragen, und die Kaumann, weil ihre Zeit für solche Besuche übrig blieb. Sie hatte den ganzen Tag die Hände voller Arbeit.

Frau Kreuzat kam mit einem Blechtropf die Treppe herauf. „S gib tüchtigen Frost!“

Die schwitzende Kaumannsche sah sich mit dem aufgeschürzten Hemd über das triefende Gesicht: „Ja, ja, und der Plunder geht einem unter den Händen auseinander! Das ist 'ne Wirtschaft schon, entweder erstickt man in dem Loch vor Hitze, oder friert wie'n Hund!“

„Für meinen Ollen schad's ein bißchen Frost nicht, wegen dem Alkohol! Er ist wieder nach'm Arzt gegangen.“

„Was hat er denn?“ fragte die Kaumannsche und drehte das Wasser aus den Lumpen.

„Weiß nicht, vor drei Wochen wurde er heiser und das geht nicht wieder fort! Dabei kriegt er schon so wenig Pulver!“

Die Kaumannsche warf die ausgeworbenen Stücke auf den höher wachsenden Haufen, der rechts vom Faß lag. „Die Kerle freieren alle in dem Drecksack! Wie steht denn meiner aus? Nur nach Wuse und Jade! Draan müssen se, bis nichts mehr drin bleibt, dann hat man sie in der Bude liegen und kein Teufel hört sich mehr dran!“

Sie hätte gern ihrem Herzen noch mehr Luft gelassen, aber Frau Kreuzat bog sich über's Geländer und horchte nach unten hin und sagte dann, ihren Blechtropf steifend: „Ach muß raus, der Drummbär kommt! 's ist 'ne Last, sag ich Ihnen!“ Sie schuppelte eilig die Treppe hinauf, bog sich, oben angelangt, nochmals über das Geländer und sah, ob Martin Kreuzat heraufkam.

(Fortsetzung folgt.)

Residenz-Buffet und Konditorei Seestraße 7
Filiale: Waisenhausstr. 18

7% **WOSA** 7%
Wir verkaufen an jedermann! (Ohne Mitgliedszwang und ohne Einzahlung)
Lebensmittel und Fleischereiwaren

Drema A-G.
Milch Molkeprodukte **Dresden** Sonstige Lebensmittel
Würzburger Straße 9

Zeichschänke zu Lauscha-Weisdorf
Zusatz- und Baderestaurant
Zusatz- und Baderestaurant
Zusatz- und Baderestaurant

Gertrud Seyfert Annenstr. 19/Schokoladen-Spezial-Geschäft
Anerkannt größte Auswahl u. billigste Preise
Der beliebte Thürmer-Kaffee hier erhältlich

Rudolf Meyer Wettinerstraße 12
(Tivoli) — Uhren
Goldwaren, Trauringe, Reparaturen
6605



Hüte, Mützen, Herren-Artikel
Straßburger Hut-Bazar
Wettiner-, Ecke Gr. Zwingerstraße
PREITAL I, Untere Dresdner Str. 98
6415

Brechelt & Co.
Inh. Carl Ziekner
Lindensstraße 18
Eisenwaren — Küchengeräte
7080

Elektrische Anlagen
Reparaturen Radio
Rudolf Gröttsch
Lindensau-, Ecke Uhlandsstr., Tel. 43749
7170

Die beste Milch
für das Säugling, das größere Kind, nur für die Kranke und Erwachene liefert Ihnen drei
Hens in alle Stadtteile und nach außerhalb nur die altrenommierte Firma
Milchkuranstalt „Sanitas“
Besitzer: F. M. Winkler
Dresden-A., Zwickauer Straße 76
Telefon 43109
Das Haus für Säuglingsnahrung, Begeleitete
Annehmlichkeiten am Arzt- und Verbraucherkreis
liegen ständig zur Einsicht aus. Fordern Sie
Prospekte gratis. Höchste Auszeichnungen für
Kinder- und Kurmilch Internationale Hygiene-Ausstellung
und sonstige hohe Auszeichnungen

Lebensmittel-Mende
Freiberger Straße 6
Billigste Bezugsquelle in Wurstwaren
6418

Richter-Zigarren rauchen
heißt Geld sparen
und Besseres genießen!
Johannes Richter
Dresden-C. 1
Landhausstraße 8
Filiale: Amalienstraße 9
6408

Gerd Baentsch
Am Schießhaus 17 / Telefon 29 438
Anfertigung von **Propaganda** für alle Organisationen
6406

Huschhalle I
am Postplatz

Huschhalle II
Pillnitzer Str. 4

Die bekannten Altdeutschen in erster Qualität
Dazu das köstliche **Waldschlößchen-Bier**
Eigene Fabrik

Verlangt überall **Waldschlößchen**

Tischler- und Polster-Möbel
Niedrige Preise / Solide Waren / Große Auswahl in 5 Etagen / Stets wachsender Umsatz infolge persönlicher Empfehlung
Dresden-A. 1, **Rosenstraße 45**
(Nähe Ammonstraße)
Hilf. Werkstätten / Teilzahlung / Bei Barzahlung 10% Rabatt
6954

Hesse

In jedes Haus Schokoladen von Claub

Verkaufsstellen in allen Stadtteilen



Trinkt morgens Tee
Marke „Teekanne“, Mischung „Lila“ des Morgens
Aber nicht so heiß Teekanne „Lila“ Teekanne „Lila“ ist ein Metalle
getrunken werden wie am Nach- blättrigen, erzieher und kräftiger
mittag oder Abend, sondern stark Morgentee, nach dessen Genuss
dunkelrot aufgegossen, mischbet man sich frischer und wohler fühlt
mit Zusatz von Milch, je nach als bei allen sogenannten fertigen
Geschmack mit oder ohne Zucker. Morgengetränken.
Fordern Sie in den Geschäften kurzweg
TEEKANNE LILA
Das 50-Gramm-Paket kostet nur 80 Pfennige
und reicht für ca. 70 Tassen kräftigen Tee. Demnach
die Tasse nur zirka 1 Pfennig.

Ernst Neßler, Nachf.
Wettinerstraße 7
Jahnstraße 3
Drehschloßplatz 1
(Am Straßenbahnhof Miktten)
6419
Kolonialwaren
Weinhandlung
Spirituosen
Kaffee-Rösterel

Verlangt Elertelgwaren
und Makkaroni von
Max Sparmann, Kötzschenbroda
7203

Marlen-Apotheke
Altmarkt 10, Kreuzkirkenecke
Alliopathie
Homöopathie
Biochemie
Lieferung für alle Krankenkassen
6905

Drogen-Spezialhaus, Kräutergewölbe
Farben / Lacke / Pinsel usw.
Spalteholz & Bley Pillnitzer
Straße 20
6902

Kauft in **Edeka** Geschäften
6758

Zwerg-Drogerie
Gute Farben — Gute Lacke
Günstige Preise Rosenstraße 5
6421

Carstensen
Pillnitzer Straße 5/7
Schnolderer-Zutaten, Spitzten u. Besätze
6951

Schokoladen-Hering
Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik
Kaffee-Groß-Rösterel
Alleiniger Hersteller der echten
Sanussa-Husten-Bonbons
Hochwertige Kaffees zu volkstümlichen Preisen — Immer frisch geröstet!
6925

Monats-Garderobe
gute Maßanzüge und
Mäntel von 10,- bis
100,-
● Große Auswahl in
neuesten Ausdrücken
und Modellen
Vorzüge dieser er-
hält 5 Prozent Rabatt
Langemann
Große Brüdergasse 21
6960

50% **Frauenneck**
Wäsche- u. Baumwollhaus
Ecke Frauenstraße
Schönesergasse 9, am Altmarkt
6036

MEHL T. BIENERT GRIES
6035

Photo-Leinert Apparate-Zubehör
Entwickeln und Kopieren
Weinligstraße 2, Dippoldswalder Platz
6032

Die hochfeine
5 Pf.
Zigarette
CONFREIA
(Konzernfrei)

Herren- und Knaben-Bekleidung
Hüneburg

Sport- und Arbeitskleidung — Maßanfertigung
Wettinerstraße 35/37 • Besuch ohne Kaufzwang gestattet
6076

Karl Lohse Wettinerstraße 44
Schokolad. u. Zucker-
waren erster Firmen
Verkauft an Wiederverkäufer

SEIDEN-HAUS
Jacoby
DRESDEN-A., ALTMARKT 6
6405

Berufskleidung aller Art
A. Alfus, Große Brüdergasse 43, II
6909

Wild-, Geflügel- und Feinkosthandlung
Otto Hartmann Kreuzstraße 13
6906

Beitrag
Jung
Jung
Heu
Prozess
gänge am
Hera
Mars
Ansch
Es sp
ein Vertr
der Pioni
zurückkeh
Jung
heit mit
gegen den
Bortm
Günst
wahlkamp
bel. Aud
Der g
lich der K
gendorber
und wäh
achtmäßig
lich Holz d
Sowjetdeu
kampagne
band, jete
men, Hu
gegründet
dem RZD
Verbung 1
600 und d
In Sachie
Berührter
RZD ein
Auch n
mütig vor
gangen, un
leitung des
gruppen le
und Anso
aus 4 Det
in den näd
RZD gen
Das F
baß in Tr
anwendend
traten jofa
arbeiter an
ten hier so
oppositionel
Normarche
Tung
spiel der J
schlich end
eine Parol
Si
Mad
Im Betrie
verband!
Die fo
Heute
tere Antr
berem w
Ionen, Kr
gefordert.
Barher
feine Abtri
joricht allo
Im S
Kaiser Str
uermittelt
ausgebreit
Türen un
Rijten, Wa
lurjer Zeit
Aerzte
Die R
Grund der
deuter, daß
bracht oder
brautale Gel
Zuschrift at
„In
Heute bi
mindesten
Temperat
Rutter f
Arztarbeit
andere A
ohne ärz
Die
und der
Eine Un
fönne lie
ich acuf
ärztlichen
habe ebe
Her

Greiling-Schwarz-Weiss

es gibt keine bessere 48 Zigarette



Jungarbeiter, Jungarbeiterinnen Dresdens!

Heute beginnt vor dem Leipziger Schwurgericht der Prozeß gegen 11 Jungkommunisten, die wegen der blutigen Vorgänge am Osterjugendtag in Leipzig angeklagt sind.

Heraus zum Protest!

Marschiert in Massen gegen das drohende Verbot des Kommunistischen Jugendverbandes!

Treffpunkt zur Demonstration:

Neustadt West und Ost: 18 Uhr Bischofsplatz. Altstadt und Südwest: 18 Uhr Dorfplatz Löbtau. Striesen und Leuben: 18 Uhr Markgraf-Heinrich-Platz. Hauptstellplatz: 19 Uhr Freiburger Platz. Anschließend 20 Uhr Kundgebung im Keglerheim.

Es sprechen die Genossen: Karl Weber, Vertreter des KJVD, ein Vertreter der Roten Hilfe, sowie Erich Jungmann, Leiter der Pionierdelegation, die an diesem Tag aus der Sowjetunion zurückkehrt.

Jungarbeiter! Erscheint in Massen! Zeigt eure Verbundenheit mit dem Kommunistischen Jugendverband! Protestiert gegen den Justizterror gegen unsere Jungkommunisten!

Vortwärts mit der Jugend Liebtnechts!

Glänzender Vortmarsch des KJVD Sachsen in der Reichstagswahlkampagne - Hunderte junger Arbeiter treten dem KJVD bei. Auch die SAJler folgen der Jugend Karl Liebtnechts.

Der glänzende Vortmarsch der kommunistischen Partei anlässlich der Reichstagswahlen zeigt sich auch im kommunistischen Jugendverband. Nicht nur, daß die Hunderttausende Jungwähler und -wählerinnen ihre Stimme der KPD gaben, sondern auch zahlenmäßig marschiert der kommunistische Jugendverband, der sich stolz die Jugend Karl Liebtnechts, die Jugend des kommenden Sowjetdeutschlands nennt, vortwärts. In der Reichstagswahlkampagne gelang es dem deutschen kommunistischen Jugendverband, zirka 4000 neue Jungarbeiter in seine Reihen aufzunehmen. Hunderte neue Betriebszellen und Ortsgruppen wurden gegründet. Annähernd 300 SAJler traten in dieser Kampagne dem KJVD bei. Der KJVD Ruhrgebiet steht an der Spitze der Werbung mit 1200 Mitgliedern, ihm folgen der Berliner KJVD mit 1000 und die sächsische Organisation mit 420 neuen Mitgliedern. In Sachsen traten allein 50 SAJ-Genossen, angeworben durch die Verräterpolitik der „linken“ sozialfaschistischen Führer, in den KJVD ein.

Auch nach den Wahlen marschiert die Jugend Karl Liebtnechts mutig vortwärts, kaum sind 14 Tage nach dem Wahllampf vergangen, und schon sind wieder 145 Neuaufnahmen bei der Bezirksleitung des KJVD gemeldet, darunter befinden sich 3 neue Ortsgruppen leit der Wahl, in den Orten Froburg, Hinterhermsdorf und Arnstedt. Vor wenigen Tagen kamen bei der Bezirksleitung aus 4 Orten Briefe von Jungarbeitern an, die mitteilen, daß in den nächsten Wochen auch in ihren Orten eine Ortsgruppe des KJVD gegründet werden soll.

Das Besondere an der Schaffung neuer Ortsgruppen ist, daß in Froburg allein 80 Jungarbeiter in der Versammlung anwesend waren, darunter 10 SAJ-Genossen, 13 Jungarbeiter traten sofort dem KJVD bei. In Arnstedt waren 11 Jungarbeiter anwesend, darunter 3 SAJ-Genossen, 10 Anwesende traten hier sofort dem KJVD bei, hierunter befanden sich auch die oppositionellen SAJ-Genossen. Das ist das glänzende Bild des Vortwärts auch im KJVD Sachsen.

Jungarbeiter, Jungarbeiterinnen! Folgt auch ihr dem Beispiel der Jungarbeiter und der oppositionellen SAJ-Genossen, schließt euch dem KJVD an. Für jeden Jungarbeiter gibt es nur eine Parole:

Sinein in den kommunistischen Jugendverband!

Macht die Parole des russischen Komintern zur Tat!

Im Betrieb, auf dem Lande, überall kommunistischer Jugendverband!

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion stößt vor!

Heute findet eine Stadtverordneten-Sitzung statt, in der mehrere Anträge unserer Fraktion zur Beratung stehen. Unter anderem wird Aufhebung der Krankenscheingebühr für die Arbeitslosen, Kränkfürsorge- und Wohlfahrtenunterstützungsempfänger gefordert. Die Sitzung beginnt 19 Uhr.

Vorher debattiert in einer gemeinschaftlichen Sitzung keine Abträge am Haushaltsplan durchzuführen. Die Sitzung verspricht also sehr interessant zu werden.

Fabrikbrand in Dresden

Am Sonnabend morgen brach in einer Waffelfabrik an der Reiter Straße Feuer aus. Der Brand war im Kellerraum auf unermittelte Weise ausgebrochen und hatte sich bis zum 1. Stock ausgebreitet. Es brannten der Jahrestuhlschacht samt Jahrestuhl, Türen und Fenster, der Fußboden, Einrichtungsgegenstände, Küten, Wäffeln und verpackte Pakete. Das Feuer wurde in kurzer Zeit gelöscht.

Aerzte in Front gegen Brüning-Diktat

Proletarierfinder werden gemordet!

Die katastrophalen Auswirkungen der Krankenscheingebühr

Die Krankenscheingebühr, die seit dem 1. September auf Grund der Brüning'schen Diktaturverordnung erhoben wird, bedeutet, daß Tausende von Arbeiterkindern in Lebensgefahr gebracht oder dahingemordet werden. Welche Auswirkungen diese brutale Gebühr zeitigt, das stellt ein Mannheimer Arzt in einer Aufschrift an die Presse fest. Der Arzt schreibt:

„In der Familie des Arbeiters E. I. sind fünf Kinder. Heute bin ich zu einem Kinde gerufen worden, das seit mindestens vier Tagen schwere Masern mit über 40 Grad Temperatur und nachfolgender Lungenentzündung hat. Die Mutter hat sich heute endlich entschlossen, mich zu holen, ohne Arztbesuch natürlich, den sie nachzuliefern verspricht. Zwei andere Kinder haben in den letzten vierzehn Tagen Masern ohne ärztliche Hilfe überstanden.“

Die Frau erklärt, daß sie bei dem geringen Einkommen und der Krankenscheingebühr eben so habe auskommen müssen. Eine Unterzuckerung der anderen Kinder lehnte sie ab, das könne sie nicht zahlen. Der Zustand des Kindes, zu dem ich gerufen wurde, ist durch die vierstägige Verspätung der ärztlichen Hilfe sehr ernst geworden. Die Frau gibt an, sie habe eben auch bei diesem schweren Falle die Kosten sparen

Eure Presse ist eure Waffe!

Jetzt muß die zähe und unermüdlische Werbung für die Arbeiterstimme einsetzen!

(Von einem Arbeiterkorrespondenten)

Dieser Tage traf ich einen Bekannten von früher, einen unteren Gemeindebeamten. „Wie geht's?“ - „Danke - bitte.“ Hier hätte die flüchtige Begegnung ihr Bewenden haben können. Es kam aber anders.

Der „Kollege“ von früher begann plötzlich, mir mit größter Berärgerung mitzuteilen, in den nächsten Tagen werde man von seinem Gehalt ein beträchtliches Stückchen als „Klotzer der Beamten“ absteigen. Ich begann mit meinem Freund von früher eine kleine politische Diskussion und begleitete ihn bis an seine Wohnung in der Vorstadt. Es stellte sich heraus: mein verärgerter Bekannter hatte am 14. September die „Staatspartei“ gewählt. Ich hatte ihm zunächst einmal klarzumachen, daß diese Partei eine bürgerliche ist und keineswegs - wie er nein meinte - eine „Arbeiterpartei“.

„Was hält dich denn von der kommunistischen Bewegung ab?“ fragte ich den kleinen Beamten, nachdem er mir seine Sympathie für den sozialistischen Aufbau der Sowjetunion versichert und nachdem wir uns länger über die Ideen des Kommunismus unterhalten hatten.

„Ja, weißt du, da wurde jetzt bei uns eine Mieterzeitung herausgegeben, mit Schreibmaschine geschrieben wohl; - diese Fehler... Da war „aufgehört“ mit „b“ geschrieben...“ „Aber - ist das denn entscheidend?“ - „Nebstherbei der Ton und die Aufmachung der Proleten...“ - „Nö! Der Ton. Du warst noch nie erwerbslos? Du hast noch nie auch nur einen

Tag acht Stunden und mehr am Schraubstock gestanden? Ist da Zeit für „Bildungsfragen“, wie du es meinst? Ist es denn nicht begreiflich, daß der von hungernder erwerbsloser Arbeiter nicht so sein kann, wie der eines Beamten in mehr oder minder gesicherten Verhältnissen?“

Wohl eine halbe Stunde sprachen wir über die Hege der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse gegen die Kommunisten. Wenn einer nur diese Zeitungen liest, muß er denn nicht in jedem Kommunisten einen Verbrecher zu erblicken?

Diesen Ball der Voreingenommenheit gegen die KPD müssen wir Kommunisten zu zerbrechen wissen! Ist einmal die gemeinsame Basis der Diskussion geschaffen, dann sind unsere Argumente so klar und von solcher Macht, daß sich ihnen kein Arbeiter, kein Mittelsändler, kein unterer Beamter entziehen kann.

Auch mein Bekannter von der „Staatspartei“ wird erkennen: Nur die Kommunisten zeigen den Ausweg aus der Krise des Kapitalismus! Dieser Tage war es mir zunächst möglich, ihn als Abonnenten unserer Zeitung zu gewinnen.

Klassen-genossen! Jetzt gilt es, die Front des Kommunismus zu verbreitern, hineinzutragen in die Arbeitermassen unsere Presse. Mit der gleichen Zähigkeit, wie für den Wahlfonds gesammelt wurde, gilt es, für unsere Presse, die unsere beste Waffe ist, zu werben. Der Möglichkeiten hierfür gibt es tausende. An die Arbeit!

Acht Stunden auf dem Trittbrett:

„Direktor werden ist nicht schwer - Schaffner fein dagegen sehr...!“

Was uns aus Schaffnerreisen geschrieben wird

Die „Arbeiterstimme“ veröffentlicht vor wenigen Tagen die Meldung, daß die Nationalsozialisten und Sozialdemokraten im Aufsichtsrat der Dresdner Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke ihre Zustimmung für die Erhöhung des Wasserpreises gegeben haben. Ein weiterer Beweis dafür, daß Nazis und SPD gemeinsam mit den Bürgerlichen alle Kräfte auf die Schultern der werktätigen Bevölkerung abwälzen wollen, ist nicht nur die Tatsache, daß diese Parteien die öffentliche Straßenbeleuchtung rückwärts los einzuschütten beschlossen haben, sondern auch die Tatsache, daß wir Straßenbahnler die Sparwut der Direktion mit unserer Gesundheit bezahlen sollen.

Die Zustände auf der Straßenbahn sind himmelschreiend. Die Linie 8, die eine wesentliche Entlastung für die Hauptlinien 19 und 22 war, ist eingezogen worden. Die Direktion erklärte, das sei notwendig, da die Beförderungszahlen zurückgegangen seien. Wir Straßenbahnler merken davon nichts. Tatsache ist, daß gegenwärtig, besonders in den Morgen- und Nachmittagsstunden, eine geradezu wahnsinnige Ueberfüllung der Wagen zu verzeichnen ist.

Es scheint, als ob die Direktion und ihre nationalsozialistischen und sozialdemokratischen Aufsichtsräte der Auffassung sind, daß wir Straßenbahnler unsere Dienstzeit auf dem Trittbrett verbringen sollen.

Eins steht fest: in den Hauptverkehrszeiten ist es ein Kunststück, sich durch den dichtgefüllten Wagen zwischen den Fahrgästen hindurchzuminden. Der Führer kann sich kaum bewegen. 15 und noch mehr Personen stehen auf der Vorderplattform.

An den Haltestellen entsteht immer wieder ein lästiges Gedränge. Nicht nur Taschendieben leistet man dadurch Fortschub, man macht auch das Personal unnötig nervös. Den Führer schubt und stößt man in den Rücken, er kann sich kaum bewegen und alle Handgriffe richtig ausführen. Dadurch leidet auch seine Aufmerksamkeit, die Gefahr der Zusammenstöße wird größer.

Der Schaffner muß sich, wie gesagt, wie ein Wurm durch die Menge winden. Er wird aufgeregt, verliert die Ueberlicht über den Wagen. Und hat er Pech, gerät er mit einem Fahrgast in Streitigkeit, die Beschwerde ist fertig. Dann heißt es, der Schaffner ist schuld. Während doch die Direktion an dieser Verkehrsbehinderung in Wirklichkeit die Schuld trägt. Auf den Höfen stehen die Anhänger herum.

Durch die Einziehung von Anhängern, die nach den Plänen der Straßenbahndirektion in den nächsten Wochen weiter durchgeführt werden soll, wird die Arbeitsleistung, die wir Straßenbahnler erfüllen sollen, ungeheuer gesteigert. Aber es ist bei uns wie in jedem anderen Betrieb!

Durch die Erhöhung der Arbeitsleistung leidet natürlich die Qualität der Arbeit. Auch hier werden unnötig Gefahrenquellen geschaffen, die man vermeiden müßte. Aber wir sind ja jetzt mit sozialdemokratischer Hilfe eine Aktiengesellschaft. Ich bitte Euch, diesen Brief der Dresdner Bevölkerung zu unterbreiten, damit die Arbeiter sehen, wie wir Führer und Schaffner denken, und nicht, wie es leider mitunter geschieht, ihren Unwillen an uns auslassen, sondern uns im Kampf gegen die Direktion unterstützen.

Weißgardistische Ausbeuter im Hotel Picadilly

Der russische Botschafter gegen Anerkennung der Betriebsräte / In Rußland käme er dafür an die Wand

Seit Juli dieses Jahres führt der Bierausgeber Bräutigam vom Hotel Picadilly seinen Kampf um Anerkennung als ordentliches Mitglied der Betriebsvertretung. Da am 1. Juli nachmittags der ehemalige Betriebsrat Heinrich kein Amt freiwillig niederlegte, rückte Bräutigam als folgender Erbkann an dessen Stelle. Prompt erfolgte darauf am 2. Juli seine Kündigung. Das Rechtsgeschäft wurde ihm sofort ausgezahlt, und er hatte den Betrieb zu verlassen. Mit Unterstützung des Zentralverbandes der Restaurations- und Caféhäuserangehörten klagte Bräutigam bereits vor längerer Zeit vor dem Arbeitsgericht. Unglückslicherweise - und das ist bezeichnend für die Interessenvertretung der Mitglieder seitens der reformistischen

Bonzen - hatte der Verbandsangestellte Spahn seinerzeit nur wegen unbilliger Härte bei der Entlassung geklagt.

Bräutigam hätte im günstigsten Falle ein paar Mark Abfindung erhalten, und die Angelegenheit wäre erledigt gewesen.

Aber der übereifrige Unternehmervertreter Dr. Schneefloß wollte seinem Auftraggeber einen Bürendienst erweisen. Zum Glück für Bräutigam schnitt er nämlich die Frage der Betriebsvertretung an. Zur Ueberrückung des Gerichts und der Führer stellte sich nun heraus, daß Bräutigam einen viel weitergehenden Kündigungsschutz als Betriebsrat hatte. Bonze Spahn aber hatte die gleiche Tatsache ganz „vergessen“ (!). Am diesen Schluß als Betriebsrat drehte sich nun die jetzige Klage vor dem Arbeitsgericht.

Der Hotelbesitzer, ein Russe namens Koshkoff, der bei Forderungen keine Angelegenheiten stets mit dem Ehrennamen „Bolschewitsch“ belegt, behauptete, die Amtsniederlegung des Vorgängers von Bräutigam sei eine Schiebung gewesen.

Er war auch bereit, diese „Schiebung“ an der „heiligen Stätte“ des Gerichts zu beweisen. Zu diesem Zweck hatte der Unternehmervertreter Dr. Schneefloß das zurückgetretene ehemalige Betriebsratsmitglied Heinrich als Zeugen mitgebracht. Vorher hatte aber der jetzige Klagevertreter, der Angestellte Starke vom Zentralverband, dem Gericht bereits eine schriftliche Amtsniederlegungs-erklärung Heinrichs übergeben. Vom Gerichtsvorsitzenden Dr. Ebert befragt, ob er, Heinrich, gezwungen worden sei, zurückzutreten, antwortete er: „Ja, als ich keine Angst mehr hatte, habe ich das Schriftstück widerrufen.“ Der Widerruf hat tatsächlich stattgefunden, aber drei Tage später, als er vom Unternehmer genügend „Aufklärung“ erhalten hatte. Seine weitere Eignung als ein dem Unternehmer angenehmer Betriebsrat bewies Heinrich noch durch die weitere Äußerung: „Ich bin der Meinung, daß ein Betriebsrat eine Kündigung überhaupt nicht ablehnen kann.“

Dem Sozialdemokraten Dr. Ebert fiel ob dieser Stellungnahme eines Betriebsrats Entschlüsse gegenüber keine richterliche Entscheidung äußerst schwer, denn er legte die Fällung des Urteils einige Tage aus. Schwer wird nun in diesen Tagen der Sozialdemokrat Ebert mit dem republikanischen Richter Ebert kämpfen. Denn die Entscheidung, ob ein Betriebsrat, der grundsätzlich 11 von Entlassungen zustimmt, dem Unternehmen nicht zu erhalten ist, ist für einen sozialdemokratischen Posteninhaber nicht so einfach.

Werdet Leser der Arbeiterstimme

Heute heraus zur Demonstration gegen das drohende Verbot des KJVD!

Unternehmertum und Arbeitsamt brauchen Schwerkriegsverletzte als Versuchsfarnikel

(Arbeiterkorrespondenz)

Steinwollmohndorf. Ein rigoroses Vorgehen gegen einen Schwerbeschädigten wird eine Verhandlung vor dem Arbeitsgericht in Steinwollmohndorf am 22. d. M. auf dem Schwerbeschädigten Behold wurde von der Firma Schneider beim Brückenbau in Kadowitz als 70 Prozent Weichmacher wegen geringer Leistung entlassen. Behold klagte gegen die Firma auf Wiedereinstellung und Gehalt des bisherigen Lohnausfalls. Die Firma hatte sich vom Arbeitgeberverband ihren Kredit ausserwählt, demgegenüber stand ein Bauarbeiter, der Behold infolge seiner Erkrankung verlor. Der Kredit war ausgestellt auf Gehaltshälften und Tarifforderungen. Durch seine Nachlässigkeit und Verdrängung der Forderungen ging er risikolos gegen den Schwerbeschädigten vor, um Behold seine Ansprüche niederzulegen. Über der Arbeiter Kreibitz brachte ihm im Laufe der Verhandlung eine Schlappe bei, die ihm die Kerosin fluchte. Das Urteil lautete: Die Firma Schneider wird verurteilt, Behold wieder einzustellen, den bisherigen Lohnausfall zu zahlen und sämtliche Kosten des Rechtsstreites zu tragen. Die Verhandlung zeigte, wie die Firma einen Schwerbeschädigten zu der schwersten Arbeit heranzog, wie zum Beispiel raffen Beton mit zementierten Kanten, Zementlappen tragen, tagelang als schwerer Kranwagen bis an die Krone im Wasser leben und dabei ausschlagen. Aussehen gab es nicht. Sprechen bei der Arbeit war verboten. Obwohl die Zahl der Arbeiter etwa 26 betrug, wurden durch den Schadenmeister und durch den Vorsitzenden der Arbeitsamtsbehörde Kirshau, Herr Fölzel, andere Aussagen gemacht. Es untermannt eigenartig an, wenn die Aussagen des Schadenmeisters und des Herrn Fölzel die gleichen waren; sie sagten aus, daß die Beschäftigtenzahl nur 19 betragen habe. Auf die Zahl läßt ein Schwerbeschädigter nicht in Frage. Weiter stellte es sich heraus, wie Herr Fölzel, trotzdem er auch Schwerbeschädigt ist, einen Kriegsbeschädigten nur versuchsweise vermittelt hat. Er hat sich mit der Firma einverstanden erklärt, wenn Behold nicht genügend leiste, könne sie ihn wieder weg schicken. So hielt Herr Fölzel einen Kriegsbeschädigten dem profitierenderen Unternehmer aus! Nach schriftlichen Anträgen Beholds ist ersichtlich, daß er keine letzte Kraft der Firma zur Verfügung gestellt hat. Denn eine Kolle davon ist, daß der Schwerbeschädigte Bruno Behold nachträglich einen Plutonium erfinden hat und jetzt schwer erkrankt ist. So sieht das wahre Gesicht der Unternehmer und der staatlichen sozialen Fürsorge aus. (NR 2093)

Demagogisches Spiel der sozialdemokratischen Bürokraten

(Arbeiterkorrespondenz)

Jitzau. In der letzten Sitzung der Stadtratskommission lag ein sozialdemokratischer Antrag vor, welcher die Einrichtung von Speisestellen forderte. Dieser Antrag hatte wahrscheinlich zur Wahlpropaganda dienen sollen. Da aber die Sitzung am eine Woche verschoben worden war, kam auch dieser Agitationsantrag zu spät. Als Genosse Wehnert beantragte, daß das Essen an allen ausgesetzten Erwerbslosen und an alle Hinderbermittelten kostenlos abgegeben werden soll, vollführte der Stadtrat, Kirch für die sozialdemokratische Fraktion einen Eintrick, um die abschneidende Stellung einer Fraktion zu vermeiden. Kirch stellte es so hin, als sei diese Forderung schon im Antrag der SPD enthalten. Die Sozialdemokraten hatten aber bereits im Wahlprogramm mit den Bürgerlichen beschlossen, daß das Essen nur an besonders Verletzte kostenlos abgegeben wird. Die Prüfung der Bedürftigkeit soll durch die Bezirkswohlfahrtsausschüsse erfolgen. Nun, wer die Praxis des Wohlfahrtsamtes kennt, der weiß, wo dort „bessere Not“ anerkannt wird. Die SPD-Fraktion weiß dies sehr genau. Um so schlimmer ist ihr Verhalten, daß sie den Antrag des Genossen Wehnert nicht unterstützte. Sie hat dadurch verhindert, daß die Kollebrüder das Essen kostenlos erhalten. Nun besitzen die Sozialdemokraten die Freiheit, in der Volkszeitung zu schreiben: „Kommunist Wehnert bezieht sich nachträglich auf die Not der Erwerbslosen!“ In Wirklichkeit sind es gerade die Sozialdemokraten, die sich jetzt auf die Not der Erwerbslosen besinnen. Genosse Wehnert hat bereits am Beginn des Jahres bei der Haushaltsplanberatung gefordert, eine höhere Summe für Ausgesetztenfürsorge einzusetzen. Das lehnten die Sozialdemokraten ab. Jetzt, nachdem der Bürgerlichen „weber“ müssen, daß der eingekaufte Betrag bei weitem nicht ausreicht, übertragen sie gnädig 5000 Mark. Mit dieser geringen Summe wird sehr

wenig geholfen werden, aber die Sozialdemokraten haben damit ihr Ziel erreicht: sie können in der Volkszeitung einige fetzte Rechenschaft bringen und damit ihre Feiler irreführen. Genosse Wehnert hat den Sozialdemokraten die heerliche Waade vom Gesicht gestrichen, das sie sehr empört und speien nun Gift und Galle. Aber es nutzt ihnen nichts, sie werden gezwungen, zu belassen, was sie für die notleidende Bevölkerung übrig haben. Vorläufig sind es nur 5000 Mark, die von dem Herrn Fölzel fallen. Es wird sich bald zeigen, wie sie sich zu wirklichen Hilfsmitteln nehmen werden. Wir können schon heute voraussetzen, daß sie alles gemeinsam mit den Bürgerlichen abhandeln werden. Das ist praktische sozialdemokratische Kommunalpolitik für die Kollebrüder. (NR 2091)

Erwerbslose! Auf zum Kampf!

(Arbeiterkorrespondenz)

Obersdorf. Am 31. August stellten die Erwerbslosen von Obersdorf an das Arbeitsamt Jitzau und an die Gemeindevorwaltung Forderungen. Wie diesen Forderungen nun Rechnung getragen wird, zeigt ein Schreiben des Arbeitsamtes Jitzau, in dem dem Erwerbslosenrat mitgeteilt wird, daß sich der Geschäftsführende Ausschuss mit diesen Forderungen befaßt habe, daß jedoch nichts veranlaßt werden kann. Nun kommt die jämmerliche Begründung: weil der Erwerbslosenrat nach den Bestimmungen des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung nicht Organ des Arbeitsamtes ist. Ja, es wäre gut, wenn der Unterbezirks-Erwerbslosenrat in diese Dinstellungs einmal gründlich hineinleuchten könnte. Aber wir sagen diesen Dingen schon jetzt, daß die Erwerbslosen für das Mitbestimmungsrecht bei den Arbeitsämtern außerparlamentarisch erkämpfen werden.

Und wie sieht es beim Herrn Bürgermeister aus? Das Oberhaupt der Gemeinde hält es gar nicht der Mühe wert, die Forderungen der Erwerbslosen, welche ihm von dem Erwerbslosenrat persönlich überreicht werden sollten, entgegenzunehmen. Selbiger läßt den anderen Tag durch Gemeindevorordnete den Genossen Neumann mitteilen, daß ein Verhandeln mit dem Erwerbslosenrat geistlich unzulässig ist.

Wer aber glaubt, daß in der letzten Gemeindevorordneten-Sitzung die Forderungen der Erwerbslosen auf der Tagesordnung standen, der hatte sich gründlich verrechnet. Die Erwerbslosen hatten schon 14 Tage vor der Gemeindevorordneten-Sitzung von der Verwaltung billige Kartoffeln verlangt, jeht beunruhigt sich die Verwaltung damit, Kartoffelbestellungen entgegenzunehmen, aber so launisch und ohne Wissen des Erwerbslosenrates, daß der größte Teil der Erwerbslosen und die in Kollebräuben stehenden gar nicht einmal wissen, daß sie Kartoffeln bestellen können. Herr Ufer, und wo bleiben die anderen Forderungen?

Wir werden Ihnen, Herr Bürgermeister, und den Mitgliedern des Geschäftsführenden Ausschusses des Arbeitsamtes Jitzau nächste Woche Gelegenheit geben, in einer Erwerbslosenversammlung über ihre Handlungsweise und über ihr Schweigen Rechenschaft abzulegen. (NR 2097)

970 „dumme Arbeiter“ in Obersdorf

(Arbeiterkorrespondenz)

Obersdorf. Auch in unserem Ort verlor die Sozialdemokratie ihre Mehrheit bei der Reichstagswahl dadurch wegzumachen, daß jetzt nach der Wahl mit einer Fiuma von persönlichen Beziehungen gegen die kommunistische Partei zu Hilfe gezogen wird. Der vor Jahren aus der kommunistischen Partei hinausgeschickte Karl Neumann muß jetzt herhalten. Daß Neumann ausgesperrt wird, zeigt am deutlichsten, daß die Angriffe der Selbstverleugerpresse sehr schädlich sind. Solange wie die SPD noch Leute in ihren Reihen hat, wie den Arbeiterführer Koste oder Sprenger, der schon hunderte Proleten ins Juchhaus gebracht hat, ist solche Argumentation gegen uns nicht. Und wie der Vorkämpfer der SPD aussieht, beweisen die Wahlergebnisse. Ein Rückgang der SPD-Stimmen ist zu verzeichnen, ehemals 1600 und jetzt

„Fürkliche“ Entlohnung der Landarbeiter!

(Arbeiterkorrespondenz)

Nach einem uns vorliegenden Lohnbeleg erhielt der Landarbeiter D. in Zülzdorf mit seiner Frau zusammen von dem Lohn von 26,26 Mark für eine Woche oder für 57 Arbeitsstunden, also für die schwere Landarbeit „nur“ 45 Cent pro Tag, d.h. für die schwere Landarbeit einen Stundenlohn von 12,50 Cent pro Tag. Hierzu erhalten die beiden Arbeiter Deputen vom hierfür eine Erhöhung des Stundenlohnes um insgesamt 10 oder 22 Pf. pro Person!

Landarbeiter! Ihr seid mit der getrockneten aller Arbeiter. Kauft euch endlich auf! Schlieft mit der SPD und der Kollebrüder und für bessere Lohnbedingungen kämpft.

nach 1200 Stimmen; bei der SPD dagegen ein Fortschritt. 1924 noch 208 und jetzt 970 Stimmen. Glaubt ihr noch, keine denkende Arbeiter sind? Hier also sind die Gemeindeverwalter fortgeschritten. Da hilft euch kein Winden und Bemengeln. Die von euch immer als dumme Masse hingestellte Arbeiterklasse kennt eure veräberliche Handlungsweise zur Genüge und wird euch bei kommenden Wahlen noch einen anderen Führer und noch ein „dummes“ Arbeitsamt schicken, die über euer Verbrechen tagtäglich beschwehelt, aus dem Hause und behält die „dumme Stimme“, welche euch nicht als dumme Arbeiter belächelt. (NR 2094)

Ein „soziales“ Werk wird vollbracht

(Arbeiterkorrespondenz)

Bethau. Am 25. d. M. hielt das Bethauer Gemeindevorordnetenkollegium im Dienstadt zu Bethau eine Sitzung ab. Nach der Tagesordnung, Schaffung eines Ortsgerechten über Regelung des Anstalts- und Kollamwesens, wurde zur Beratung in der Verwaltungsausschuss verweisen. Dem Berichte des Verwaltungsausschusses ist die Fertigstellung des Schliefenbaues zu entnehmen. Unsere Fraktion verlangt, daß der Rechnungsprüfungsausschuss angewiesen wird, durch den entstandenen Mehrkostenbeitrag ganz besondere Sorgfalt bei der Prüfung der von der Firma behaupteten gerechneten Rechnung walten zu lassen. In Punkt 2, Nachzahlung über Erhöhung des Zinsfußes von der Gemeinde an gewährten Darlehen, lehnten unsere Genossen die Erhöhung ab. Als Begründung ihrer Ablehnung führten sie aus, daß die Zinsen nur an Personen geleihen wurden, welche dem Arbeiterstande angehören, und dieselben auf Grund ihrer langen Entlassung schon seit Jahren mühen, um die fälligen 5 Prozent zu zahlen zu können. Unsere Fraktion würde ebenfalls dagegen stimmen, wenn es sich um kleine Gewerbetreibende handeln würde. Bei für eine Erhöhung stimmen, wenn es sich um tatsächlich kleine, vermögende Personen handeln würde. Die bürgerliche Fraktion verlangte Erhöhung von 5 auf 7 Prozent, da die Gemeinde für geliehene Gelder ebenfalls denselben Zinsfuß zahlen müße. Die SPD-Fraktion sprach nun erklärungsbereit mit einem kommunalpolitischen in der Reichs- und verlangte unbeachtet des Zinsfuß-Hypothekendarlehen 6 Prozent, für Darlehen 7 Prozent. Die Abstimmung ergab folgendes Bild: Für den Antrag der bürgerlichen Fraktion stimmten nur die Bürgerlichen, dagegen stimmte SPD und KPD. Für den Antrag der SPD-Fraktion stimmte nur SPD, dagegen unsere Fraktion und die Bürgerlichen. Es ist auch hier wieder die SPD den Beweis erbracht, wie sie

Hinein in die SPD!

ihre Klassenossen zu „vertreten“ versteht. Trotz wirklichem Elend stimmen diese wüdevollen Arbeitervertreter immer und immer wieder für neue Belastungen ihrer, der Bevölkerung zu gebenden Arbeitskräfte. Da eine Mehrheit für die Erhöhung des Zinsfußes nicht zustande kam, wird sich der sozialdemokratische Bürgermeister an die Gemeindevorammlung wenden. Punkt 3, Beschluß über Erhebung einer Anliegerleistung für Fußwege, Zäune und Strähe. Unsere Genossen stimmten auch in diesem Punkte dagegen, da es auch hier wieder nur Personen betrifft, welche dem Arbeiterstande angehören. SPD und bürgerliche Fraktion stimmten für die Erhebung einer Anliegerleistung bis zu 7 Mark pro Meter. Der SPD ist jedes Mittel recht, um der Aufrechterhaltung dieser kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu dienen. Anliegerleistung haben alle diejenigen zu zahlen, welche unter diesen Pfügen und Entbehrungen die Erbauung ihres Hauses aufbauen im Jahre 1920 vollenden. Arbeiter, merkt euch diese Art Sozialpolitikern. Gebt ihnen bei passender Gelegenheit wenigstens die gebührende Lektion. Für Reinigung des Gemeindevorstandes durch die Bürgermeisterin wurden 10 Mark pro Monat beantragt. Unsere Genossen erklärten, daß sie nicht der Ansicht sind, daß der Gemeindevorstand durch die Bürgermeisterin gereinigt werden müße, sondern verlangen, daß einer bedürftigen Frau der Gemeinde diese Arbeit übertragen werden könne. SPD wie bürgerliche Fraktion stimmten jedoch dafür, daß die notleidende Bürgermeisterin 10 Mark im Monat für Reinigung des Amtsstubes erhält. Wieder ein soziales Werk geschaffen! Für Brandstiftung in Ruppertsdorf und Remmersdorf wurden je 5 Mark im Monat. Unter „Einzügen“ erlas der Bürgermeister unter der Einwohnerverammlung einstimmig angenommene Entschädigung, welche Protektion gegen die Arbeiterklasse und die Nichtdurchführung derselben in der Gemeinde verlangt. Über Beratung dieser Anträge ging man sofort zum nächsten Tagesordnungspunkt über, wobei der Bürgermeister Gelegenheit nahm, auf die kommunistische Partei zu weitem. Unsere Genossen lehnten ihm die gebührende Antwort nicht schuldig geliehen. Absicht auch diese Sitzung hat wieder bewiesen, wie die sozialdemokratische Fraktion die Interessen der notleidenden Einwohnerchaft der Gemeinde wahrnimmt. (NR 2098)

„Große Volksgemeinschaft“ in Geifhennersdorf

Nazis, Bürgerliche und Sozialdemokraten in holden Einheitsfront für Bräutig

(Arbeiterkorrespondenz)

Geifhennersdorf. Wer geglaubt hat, daß die Wahlversprechungen der Nazis und Sozialdemokraten harte Münze sind, der ist in der am 24. September stattgefundenen Gemeindevorordnetenversammlung eines Besseren belehrt worden. Die Dringlichkeitsanträge der Kommunisten betreffend der Steuererhöhungen wurden von den Nazis, Bürgerlichen und Sozialdemokraten gegen die Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt. Die Sozialdemokraten erklärten sich für die ersten beiden Abzüge (Prozent an die Reichsregierung und Einbruch des sächsischen Verkehrs bei der Reichsregierung). Der dritte Abzug, Steuerfreiheit, sei nur eine Spießbürgererei. Der Dringlichkeitsantrag wurde vom Genossen Simm eingehend begründet.

Weiter wurde nach sehr langen Auseinandersetzungen beschlossen, gegen 6 bürgerliche Stimmen, den großen Teich (Elberfeld) zu erweitern und als Volkssbad auszubauen. Diese Arbeit ist als Hausarbeit geplant mit einem Kostenaufwand durch Erwerbslosemittel und Darlehen. Die kommunistische Fraktion vertritt durch die Genossen Fortner und Simm folgenden Standpunkt und beantragt: 1. Ausbau und Erweiterung des Volkssbades als Volksschule, Aufnahme eines Darlehens von 50 000 M.; 2. die Forderung, daß die Erweiterung des Volkssbades als Volksschule, Aufnahme eines Darlehens von 50 000 M.; 3. die Einstellung der Erwerbslosen nach der Dauer der Arbeitslosigkeit und Arbeitsvertrag nach mindestens 6 Wochen; 4. Erweiterung des Bades auf 25 Meter, damit die Tagewerte von 2000 erreicht werden. Diese Anträge wurden dann mit Stimmenmehrheit angenommen. Dann wird noch wegen einer gemeinsamen Klage mit Veitersdorf in die Debatte eingetreten. Es sollen noch die Verhandlungen mit den Behörden abgemacht werden. Weiter wurde beschlossen, die Zentschstraße bis zur August-Hoffmann-Strasse auszubauen. In nichtöffentlicher Sitzung wurden die Gemeindevorständler mit Hypotheken belastet. Es werden in Zukunft Mieterhöhungen folgen, darum Mieter, aufgepaßt! Diese Sitzung war wieder sehr lehrreich für die Einwohnerlichkeit, wir wünschen einen noch größeren Besuch. (NR 2092)

Losungen unserer Partei auf den Straßen, wußten unsere Genossen doch, daß es unbedingt galt, unseren gewaltigen Erfolg von der Landtagswahl zu halten und darüber noch weiter vorzuschieben. Einige Genossen waren jeden Abend auf den Beinen, es wurde gemalt, gefestigt und andere Plakate schon entfernt. Unser Ziel war, daß am 14. September kein anderes Wort als die der SPD im Orte hielten. Am Wahlsonntag, früh 5,15 Uhr, feierten die letzten Genossen von der Arbeiterpartei. Der ganze Ort stand im Zeichen der kommunistischen Propaganda. Redner, an jeder Wand, Schirm, Stange oder auf der Straße, nur unsere Losungen, dagegen der ganze Ort frei von den gegnerischen Plakaten. Dazwischen hatten wir noch mit Flugblättern den Ort überzogen. So konnten wir trotz dem Ausfall der Wahl entgegenkommen. Eine Verlesung der SPD im Orte war von 11 Männern und 2 Frauen, unsere Verlesung von 100 Einwohnern befaßt. Der Erfolg unserer Arbeit war ein guter, in Ober-Pustlau erhielt die SPD 200, KPD 123 Stimmen, in Nieder-Pustlau die SPD 80, dagegen die KPD 167 Stimmen. Haben stehen 110 Stimmen der SPD 286 Stimmen der SPD gegenüber. Unsere Partei ist damit zur stärksten Partei im ganzen Orte geworden. Man berichtet von Berlin, daß jeder dritte Wähler KPD wählt, auch in Nieder-Pustlau können wir mit Freude berichten, daß jeder dritte Wähler die Stimme unserer Partei gegeben hat. Das ist wohl ein glänzender Erfolg in einer so kleinen Landgemeinde ohne Fabriken. (NR 2090)

Wir haben die SPD überflügelt!

Das muß Ansporn zu weiterer Arbeit sein

(Arbeiterkorrespondenz)

Pustlau. Unser Ort Pustlau besteht aus zwei politischen Gemeinden, nämlich Ober- und Nieder-Pustlau. Ober-Pustlau hat ungefähr 1400, dagegen Nieder-Pustlau circa 1000 Einwohner. Zur Reichstagswahl 1928 wurden für die SPD in Ober-Pustlau 54 und in Nieder-Pustlau 78 Stimmen abgegeben. Zur Landtagswahl erhielten in Ober-Pustlau KPD 68, SPD 141 Stimmen, dagegen in Nieder-Pustlau ging die SPD von 80 auf 75 zurück, und die KPD von 78 auf 146 Stimmen hinauf. Also hatten wir das erstmal die SPD gleich um 100 Prozent überholt. Nun ging es zur Reichstagswahl. Schon drei Wochen zuvor standen die

22,45 Mt. wöchentlich muß reichen für 6 Personen

(Arbeiterkorrespondenz)

Firma. Der Arbeiter A., vertritt mit 3 Kindern, hat in seinem Haushalt eine Wirtschaftlerin aufgenommen (mit einem Kind), um die Versorgung und Erziehung seiner Kinder sicherzustellen. Dieses hat das Fürsorgeamt Firma dazu benutzt, dem A. keine Unterstützung von 19,10 auf 12,05 Mark herabzusetzen mit der Begründung, daß die Wirtschaftlerin Allenunterstützung in Höhe von 10,80 Mark wöchentlich beziehe! A. wurde dann beim Stadtrat Rühr vorstellig und wurde ihm dort gesagt, diese Kürzung müsse er sich gefallen lassen. Falls er Beschwerde einreichen wolle, so müsse er das schriftlich tun, und dann würde eine Entscheidung im Gesamtrats herbeigeführt werden. Ein Antrag auf Bezahlung notwendiger Schulreparaturen wurde ebenfalls abgelehnt, da eine „Bedürftigkeit“ nicht in Frage komme!

Der Haushalt des A. besteht aus 6 Personen, und verfügen beide Teile insgesamt über ein wöchentliches Einkommen von 22,45 Mark!

Dieses wird seitens des Fürsorgeamtes also als ausreichend erachtet und die Bedürftigkeit verneint!

Es ist ja für den kapitalistischen Staat und seine Behörden bezeichnend, daß die Geld für die Opfer der Arbeit vorhanden ist. Stadtrat Rühr erklärte u. a. auch dem Arbeiter A., daß seine Wirtschaftlerin dann eben ausziehen müsse. Dieses würde für A. keine Sorgen bedeuten, insbesondere in bezug auf seine Kinder. Endes aber ist es auch eine große Kurzsichtigkeit, denn wenn A. seine Wirtschaftlerin forschle, so müßte das Fürsorgeamt ja unbedingt eine andere Unterbringung oder für anderweitige Versorgung der Kinder Sorge tragen, was doch für die Stadt eine erhebliche Mehrbelastung bringen würde. A. hat Beschwerde eingereicht, und wird die Angelegenheit in Kürze zur Ausbreitung kommen, und werden wir alsdann weiter hierüber berichten.

Kampfkongress der revolutionären Gemeindevertreter Sachsens beschließt:

Revolutionäres Bündnis mit den Massen!

Aufzeigung unserer Schwächen in der kommunalpolitischen Arbeit / Positive Beschlüsse in der Richtung Kurs auf die Betriebe / Die Arbeit unserer Gemeindevertreter unter Kontrolle der Massen

Der Landeskongress der revolutionären Gemeindefunktionäre Sachsens wurde am Sonntagabend durch den Genossen Martin Schneider eröffnet...

Als Vertreter der Arbeit richtete Genosse Dr. Ernst Cohn einen Appell an die revolutionären Gemeindefunktionäre...

Betriebsarbeiter und Erwerbslosen zustande kommen. Die kommunalpolitischen Gemeindevertreter müssen noch fähiger und entschlossener auftreten...

Erwerbslosenproblem und Wirtschaftskämpfe

Referat des Genossen Herbert Wehner

Unsere Tagung ist im Gegensatz zu dem Städtetag eine Kampftagung. Wir suchen nicht Pflückerchen für das kapitalistische System...

„Weihnachtsfeier“ immer und immer wieder erhoben werden. Durch in den Massen verankerte kommunalpolitische Beiräte sollen wir unsere Politik unter der Kontrolle der Massen...

Arbeit, Freiheit, Brot nur in Sowjetdeutschland

Immer müssen wir aber sagen: Arbeit, Freiheit und Brot gibt es nur in einem Staat, in dem die Arbeiter die Macht haben. Die Fragen unseres Endzweckes müssen immer wieder aufgerollt werden...

Wir müssen das Beispiel des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion stärker in den Vordergrund rücken. Mit diesem Argument können wir Hunderttausende und Millionen für uns gewinnen...

In jedem Ort, in jeder Gemeinde: Bündnis der kommunistischen Parlamentsfraktion mit den Massen. Kein Antrag ohne vorherige Beratung mit den Betriebsarbeitern und Erwerbslosen!

Kapitalistische Krise - kapitalistische Ausweglosigkeit!

Die schlimmsten kapitalistischen Länder trafen unter den Schlägen der Krise. Die Unternehmer führen eine verzweifelte Ausbeutung durch, aber die Arbeiter - das beweisende die Reichstagswahlen...

Parlamentarische Arbeit muß Organisierung außerparlamentarischer Massenkämpfe sein!

Die Diskussion ergibt: RSD-Beschlüsse Richtschnur der Kommunalarbeit

Genosse Herrmann (Leipzig): Wir dürfen nicht nur die Frage des Tariflohnes stellen. Wir müssen die reale Beseitigung der Pflichtarbeit erzwingen. In Leipzig wurde sie von einem sozialdemokratischen Deputierten im Einverständnis mit den reformistischen Gewerkschaftsführern eingeführt...

36 angeschlossenen Vereinen und den revolutionären Gemeindevertretern zur Durchsetzung der Forderung der roten Arbeiterpartei.

Genosse Jizja (Reichsleiter der RSD): Eure Tagung beweist, daß ihr die Wichtigkeit der Verbindung der außerparlamentarischen und parlamentarischen Arbeit erkannt habt. Mansfeld und Nordwest ist ein Signal! Die Trustbourgeoisie wird ihre Unterdrückungsoffensive steigern...

Genosse Winter (Chemnitz): In Chemnitz heißt es statt Pflichtarbeit Arbeitsfürsorge. Wer sich weigert, dieser Arbeitsfürsorge teilhaftig zu werden, erhält keine Unterstützung. Sozialdemokratische Erwerbslöse stellen den Antrag auf Ausschluß des sozialdemokratischen Wohlfahrtsdeputierten...

Genosse Siegel: Die jüdische Regierung hat eine Notverordnung vorgelegt, wonach der jüdische Staat eine Bürgschaft für eine Gesellschaft zur Durchführung von Notstandsarbeiten übernehmen soll. Es sollen nur Arbeiter durchgeführt werden...

Genosse Jentsche (Oberjeßdorf): Wenn wir der zentralen Leitung der Partei „Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse“ folgen wollen, dann müssen wir unser Gesicht dem Dorfe zuwenden. Unsere Aufklärungsarbeit auf dem Lande muß entsprechend dem Charakter der Landbevölkerung verständlicher gehalten werden...

Die Krise in Sachsen

In Sachsen mit seiner proletarischen Bevölkerung haben wir im Juli 1930 377 Betriebsstilllegungsanzeigen gegenüber 138 im Jahre 1929. Im August 1929 wurden 391 Stilllegungsanzeigen gegenüber 162 im August 1928 verzeichnet...

Genosse Naumann (Chemnitz): In Chemnitz ist die Arbeitsdienstpflicht eingeführt. Aber man will 570 Straßenbahnen entlassen. Pflichtarbeit bedeutet Lohnrückgang. Die Straßenbahn in Chemnitz soll durch Straßenbahnentlassungen...

Genosse Berger (Dresden): Wir haben die Mehrheit der Arbeiter bei der Städtischen Straßenbahn. Die SPD (soben den Christlichen die führenden Fraktionen im Betriebsrat zu. Zur Zeit sind Ausschlußkämpfe entlassen worden...

Genosse Waldman (Leipzig) kennzeichnet die Stimmung unter den Leipziger Straßenbahnern, die über die Verabschiedung der Reformisten empört sind. Sollen doch auch in Leipzig 500 Straßenbahnen entlassen werden...

Genosse Kunath (Dresden) spricht im Namen der Landesleitung der Arbeitergemeinschaft für die Wiederherstellung der Einheit im Arbeiterport. Er fordert, daß die revolutionären Gemeindevertreter durch scharfe Vorhölle dafür sorgen...

Ausbau der staatlichen Unterdrückungsmaschine - Das kapitalistische Arbeitsbeschaffungsprogramm

Es werden jetzt „Arbeitsbeschaffungsprogramme“ produziert. Die SPD vertritt ein Landesarbeitsbeschaffungsprogramm. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Dresdner Sozialdemokraten ist von den Erwerbslosen als Betrug erkannt worden...

Mehr Verbindung mit Betrieb und Stempelstelle

Haben wir alle Aufgaben, die vor den revolutionären Gemeindevertretern stehen, richtig gelöst? Wir haben Mängel und Schwächen in der Zusammenfassung außerparlamentarischer und parlamentarischer Arbeit zu verzeichnen...

Stärkere Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften

Unsere Arbeit im Sommer ließ gerade bei den Gemeindearbeitern eine Schwäche erkennen. Wir arbeiteten in den Gewerkschaften zu schwach. Die Gewerkschaftsversammlungen waren zumeist von den Reformisten beherrscht...

Schafft Kampfausschüsse gegen Notverordnung

Schlusswort des Genossen Wehner

Die Notverordnung muß als Gesamtkomplex vor den Arbeitern aufgerollt werden. Die Kampfausschüsse müssen verstärkt und verbreitert werden. Wir müssen praktische Kämpfe führen...

baues. Stärkste Arbeit unter den Bauarbeitern ist notwendig. Die Bauarbeiter stehen vor dem Nichts. Die SPD ipeluliert auf dem Staatsbürgerliche Pflichtgefühl der Arbeiter. Die Diskussion hat gezeigt, daß wir klar über den Kurs sind...

In jeder Gemeinde ein kommunaler Beirat!

Große bedeutungsvolle Veranstaltungen im 2. Bezirk

Das Dohnauer Bezirkstreffen sowie die 10-Jahr-Feier in Dohna setzen die rote Sporteinheit marschiert. Trotz reformistischer Verleumdung, trotz Terror! Wirklichen Klassenkampf führend, zeichnete diese Veranstaltungen in allen ihren Einzelheiten aus. Hoffen wir, daß Deuben zu ihrer Flagweibe am kommenden Sonntag Massen von roten Sportlern sehen wird, wo es doch besonders gilt, diesen Reformisten in Deuben eine Niederlage zu bereiten, um auch dort den wahren Klassencharakter zu zeigen. Deshalb am 5. Oktober Spielverbot! Alles auf nach Deuben!

Weiter konnten wir von Dohna, trotz telefonischer Mahnung, keinen ausführlichen Bericht erlangen.

DSB 1—Pirna 1 4:3 (2:1), Eden 4:5. Am Sonnabend standen sich obige Mannschaften im Freundschaftsspiel gegenüber. Mit einer Viertelstunde Verspätung beginnt der Kampf. Sofort nach Anstoß sieht man von beiden Stürmerreihen temperamentvolle Angriffe, die aber von den Hintermannschaften abgewehrt werden. DSB dominiert durch schönes Fußspiel, jedoch die sicher arbeitende Verteidigung des Gegners verhindert jeden Erfolg. In der 15. Minute eine schöne Flanke des Rechtsaußen von DSB, der Halbkreis ist zur Stelle, d. der Hölzer reißt im letzten Moment. Der Schiedsrichter ist jetzt stark überlegen, versucht es aber nicht, die gegebenen Chancen auszunutzen, jeder zugewandte Angriff geht fehl. P. kommt wieder etwas ins Vordertreffen und schafft gefährliche Momente vor dem gegnerischen Tor. Der Rechtsaußen von DSB spielt sich gut durch, flankt zum Halbkreis, doch dessen scharfer Schuß wird heute des Torwärters von P. hingegen hat P. mit ihrem Torhüter mehr Glück und kann einige Minuten später zum 1. Tor einleiten. In der 29. Minute gibt der Unparteiische einen Handelfmeter für DSB, der vom Halbrechten unhaltbar verwandelt wird. Kurz vor der Halbzeit gelangt DSB durch Halbrechts der Führungstreffer. Darauf Pause. — Nach Wiederaufstieg sieht man die Rothosen weiterhin in Front. P. läßt sich aber nicht werfen und gestaltet das Spiel etwas offener. DSB versucht zu weiteren Erfolgen zu kommen, doch der sichere Torhüter der Gäste vereitelt jeden Erfolg. Endlich in der 69. Minute gelingt es dem Sturmführer der Rothosen, das Resultat auf 3:1 zu erhöhen. Kurz darauf gibt der 4. Treffer. P., dadurch keinesfalls entmutigt, trägt gefährliche Angriffe nach vorn und kommt durch schönen Schuß zum 2. Tor. Ein schöner Durchbruch und ein prachtvoller Schuß des Linksaußen bringt für die Gäste einen weiteren Erfolg. In den nächsten Minuten verteiltes Spiel. Gefährliche Schüsse der DSB-Stürmer meistert der Pirnaer Torhüter. Bis zum Schluß ereignet sich nichts mehr, um an dem Resultat etwas zu ändern. — DSB gewann verdient. Das Spiel wurde jederzeit sehr und im würdigen Rahmen unserer Bewegung durchgeführt. Trotz des völlig aufgeweichten Bodens, der die beiderseitigen Leistungen stark beeinträchtigte, bekam man ein ansprechendes und jederzeit flottes Spiel zu sehen. Gefallen konnten besonders das Schlüsselfeld der Pirnaer und bei DSB der rechte Verteidiger und Rechtsaußen. Der Schiri leistete zur Zufriedenheit.

Süd-Helios 1—WFB 12 1 4:2 (0:2), Eden 9:6. Nachdem Süd-Helios in letzter Zeit sehr an Punkten abgeben mußte, scheinen sie sich neu konstituiert zu haben, was nach vorliegendem Resultat sehr erklärlich scheint. Lassen wir einiges aus dem Bericht an uns vorübergehen. Auf beiden Seiten sehr gefährliche Schüsse, jedoch die beiden Torhüter sind auf dem Posten. Binnen kurzen sendet Helios 4 Tore. Helios führt das Spiel, hingegen ist WFB vom Wech verfolgt; es gelingt ihnen aber doch, mit Hilfe eines Elfmeters, das Resultat zu verbessern. Schiri war einwandfrei.

Pirna 1—Fortschritt 1 1:2 (1:1). Fortschritt hat Anstoß Pirna hingegen sieht etwas mitgenommen durch das Spiel am Sonnabend, ausgedehnt mühen einige Spieler ausgewechselt werden. Schönes Mittelfeldspiel, das allerdings an technischen Feinheiten beiderseitig zu wünschen übrig ließ. Erst durch einen Schuß von P. Mittelstürmer schien sich die Situation geklärt zu haben; denn kurz darauf Elfmeter für Fortschritt, der den Ausgleich brachte. Durch das Herausgehen eines Spielers von Pirna kam Fortschritt zum Vorteil, der ihnen nach kurzer Zeit den Siegestreffer einbrachte. Schiri gut, überjah aber einige Punkte.

Sächs. Schweiz 1—Reichsa 1 1:1 (0:3). Zum Werbepflichttag in der sächsischen Schweiz hatte man sich Reichsa zum Gegner vorberieben, bei dem auch die zahlreich erschienenen Besucher auf ihre Kosten kamen. Mit einigen Minuten Verspätung begann das Spiel. Die Gäste haben Anstoß und gehen sofort in Führung, das schon in der 16. Minute das 1. Tor zur Folge hatte. Die Schweizer Leute werden hart zurückgedrängt, und nur durch gutes Komotieren der Reichsaer erzielte diese das 2. Tor. Die Hintermannschaft machte den Einheimischen viel zu schaffen. Ein unglücklicher Elfmeter für Reichsa erhöhte das Resultat. Nach der Halbzeit war das Spiel ausgeglichener, doch den hoffnungsvollen Schweizerinnen gönnte man wohl den Ehrentreffer, leider aber mußte der Torhüter nochmals kapitulieren, so daß man mit 4:1 vom Felde ging. Erfahrungheit der Einheimischen war an der Niederlage schuld. Schiri Pirna war gut.

Dohna 1—Chemnitz, Bezirksmannschaft 1:1 (0:1). Im Rahmen der Dohnauer 10-Jahr-Feier fand dieses Treffen statt. Dohna zeigte sich von der besten Seite und gab einen gleichwertigen Gegner ab. In der 1. Halbzeit kommen die Gäste zum 1. Erfolg und können mit diesem Resultat bis zur Pause führen. Nach dem Seitenwechsel sieht man einen abwechslungsreichen Kampf, in dem es dem Jubilar gelingt, den Ausgleich herzustellen. Beim Endpunkt versuchen beide Mannschaften, den Sieg herzustellen, doch der Schlußpfiff trennt beide mit einem Unentschieden, das dem Spielverlauf nach gerecht erscheint. Das Spiel wurde jederzeit flott und anständig durchgeführt und machte unserer roten Sportbewegung alle Ehre. Die Erwartungen, die die zahlreich erschienenen Festgäste auf dieses Spiel gesetzt hatten, sind voll und ganz in Erfüllung gegangen.

Weiter spielten in Dohna **02 Nord 2—Coffebaude 2 5:3.** Ein ausführlicher Bericht über den Verlauf der 10-Jahr-Feier in Dohna folgt noch. Trotz telefonischer Mahnung war es uns nicht möglich, am gestrigen Sonntag diesen Bericht von Dohna zu erlangen.

Jauderode 1—1885 1 4:2 (2:1). Vorhangenäh standen sich obige Mannschaften auf der neugeschaffenen Sportplatzanlage in Jauderode gegenüber. J. hat Anstoß, und es entwickelt sich ein flottes und jederzeit offenes Spiel. Gute Arbeit der schwarz-weißen Stürmerreihe führt in der 7. Minute zum ersten Treffer. 1885 drängt mit aller Energie zum Ausgleich, der ihnen auch bald gelingt. Die Einheimischen werden jetzt etwas überlegener und kommen zum zweiten Treffer. Mit diesem Resultat geht's in die Halbzeit. Nach dem Seitenwechsel wird auf beiden Seiten weitergekämpft. J. kommt zu zwei weiteren Erfolgen, denen Weibgau nur ein Tor entgegenstellen kann. Durch hartes Spiel müssen einige Spieler herausgestellt werden. Das Spiel litt unter einer unnötigen Härte, die vom Schiri bestimmt besser unterbunden werden mußte.

1885 Jugend—Coffebaude Jugend 0:5 (0:2). Die Jugend von Weibgau bestritt heute ihr erstes Spiel. Dies bedeutet einen großen Erfolg für unseren Verein, da derselbe außerordentlich schwer zu kämpfen hatte, um überhaupt eine Jugendmannschaft auf die Beine zu bringen, weil ja die meisten Jugendlichen noch unter dem Einfluß der Reformisten stehen. Die Leitung des Vereins bittet die Eltern von Jugendlichen, diese zu uns zu schicken, da ja bei uns körperliche Erziehung und geistige Schulung gewährleistet werden. Anmeldungen nimmt entgegen: Richard Geßler, Weibgau, Köschendroeder Straße 37.

Untere Mannschaften. Pirna 2—Zschachwitz 2 3:1. Pirna 3 gegen Zschieren 2 4:2. Jauderode 2—Süd-Helios 2 2:1. Jauderode 4—Cohmannsdorf 3 2:6. Jugend. WFB 12—DSB 2 4:1. Sächs. Schweiz—DSB 1 0:7. DSB Schüler—Pirna Schüler 2:1.

Wir weisen nochmals darauf hin, daß am Sonntag dem 5. Oktober anlässlich der Deubener Flagweibe für den gesamten Bezirk Spielverbot besteht. Genossen, nehmt alle geschlossen an dieser Flagweibe teil und beweist damit, daß die rote Sporteinheit marschiert!

Achtung! Achtung! Freitag den 3. Oktober Berichterstatter-Vollversammlung! Alles muß Delegierte entsenden! Sehr wichtig!

Werbetag für die rote Einheit im Arbeiter-sport in Jauderode
Trotz Sabotage der Behörden ist es dem hiesigen Sportverein gelungen, sich eine eigene Sportanlage zu erbauen, auf welcher

An alle Arbeiter-Motorradfahrer Sachsens

Die Bundesbürokratie der „Solidarität“ hat im Gau 14 auch unter den Motorfahrern mit ihrer Ausschlusskampagne im Frühjahr 1930 begonnen. Als Angriffspunkt wurde die damalige 380 Mann starke Motorfahrervereinigung Leipzig auserwählt. Die Leitung der Motorfahrervereinigung befand sich in den Händen guter und unumstößlicher Funktionäre. Zum Beweis: sie brachten innerhalb drei Jahren die Motorfahrervereinigung auf die vorgenannte Stärke. Die vom Bundesvorstand geleitete Taktik gegenüber der stark zunehmenden Motorfahrerbewegung brachte die vorwärtsstrebenden Leipziger Motorfahrer verächtlich in scharfe Auseinandersetzungen mit den Hauptfunktionären des Bundes, und so geriet die Leipziger Abteilung in Oppositionsstellung. Eine von langer Hand vorbereitete Zerstückelung der Leipziger Motorfahrervereinigung sollte am 1. April 1930 von dem Spalter Gierl sowie seinem Kommissar Stroh vorgenommen werden.

An der Geschlossenheit der Mitgliedschaft scheiterte der Gedanke, die Opposition totzumachen. Mit 225 gegen 23 Stimmen lehnte eine eintreffende Generalversammlung jede Spaltung durch

Es wird weiter gesammelt!

Bei der Bezirkskasse sind nachfolgende Beträge für den Wahlfonds eingegangen:

Göppersdorf	54,80
Reinsdorf	5,-
Pölkau	31,18
Reichstau	33,70
Neulau-Spremsberg	9,62
Kampnersdorf	3,42
Bretzel-Wohl	30,-
Wurzen	54,-

Durch die UB-Leitung Chemnitz wurden bei uns folgende Beträge eingezahlt:

Chemnitz-Nord	144,-	RM
Gen. Hiegler	1,20	
Chemnitz-Ost	15,-	
Beironbau VSt 96 700	8,40	
Sturmbrigade	11,31	
Chemnitz-Süd, Tisch	1,07	
Belegkartei Feuwag	41,40	
Sturmbrigade	1,07	
Gen. Ullig	4,05	
Weststraße Hauptbahnhof	3,60	

am Sonntag dem 21.9. der erste Sport- und Werbepflichttag! Trotzdem daß die Gellert-Treue uns von ihrer Seite aus ein Werbepflichttag entgegenhielt, erlebten sie eine jämmerliche Übung ganze 30-40 Mann hatten sie auf ihrem Platz. Der Spielbetrieb begann früh 8,30 Uhr. Das Wetter war wie gewohnt. Mittags 1,30 Uhr formierte sich ein ansehnlicher Demonstrationssportler an der Spitze. Auf dem Platz angekommen, riefen Genosse Voigt einige kernige Worte an alle Anwesenden, riefen hin nach der Spielbetriebs seinen weiteren Verlauf. Das von reformistischer Seite gelagt wird, daß die 150 Mann auf dem großen Platz nicht zur Geltung kamen, so wolle wir heute die genaue Zahl angeben: es waren 600 anwesend. Nur so weiter, hinein. Ausführliche Spielberichte konnten leider nicht abgenommen werden, da sämtliche Funktionäre mit Arbeit überlastet waren. Folgende Mannschaften spielten: Jauderode 1 gegen Graupa 1 1:2, Cohmannsdorf 1—02 Nord 1 7:1, Jauderode 2 gegen Zschachwitz 2 6:3, Jauderode 3—Rettwerder 1 1:0, 02 Jugend—WFB Jugend 0:3, Cohmannsdorf 2—Süd-Helios 2 1:4.

Esperanto. Die Verschiedenheit der Sprachen begünstigt zweifellos Barriere zwischen den Arbeitern der verschiedenen Nationen und Nationen, und erschwert die Verständigung, die Bildung, das gegebene Hilfsmittel, um diese Uebel zu beheben und die Arbeiterbewegung im Weltmaßstabe zu fördern.

Diese internationale Hilfssprache ist leicht zu erlernen. Schon nach kurzer Lerndauer gewährt sie die Möglichkeit, mit allen Nationen aller Länder schriftlich in Verkehr zu treten.

Die Arbeiter-Esperantogruppe Pirna eröffnet am 15. Oktober 1930, 19 Uhr, im Volkshaus Pirna, Zimmer 6, einen Anfängerkursus. Es ist jedem klassenbewußten Arbeiter zu empfehlen, die Gelegenheit zu benutzen.

die Handlanger des Bundesvorstandes entschieden ab. Trotzdem der gesamte rechtmäßige Vorstand noch besteht, wird durch den bundestreuen Leipziger Bezirk die oppositionelle Motorfahrervereinigung als nicht mehr zum Bund „Solidarität“ gehörend betrachtet. Zur Sicherung der Mitgliedschaft ist die Anmeldung bei der Interessengemeinschaft erfolgt. Die oppositionelle Abteilung hat sich gestärkt und ist von 225 auf 366 Motorfahrer angewachsen. Im Leipziger Bezirk sind durch Nichtunterzeichnung eines politischen Reverses weitere sechs Motorfahrervereinigungen mit 100 Mitgliedern aus dem Bunde ausgeschlossen worden. Die Sympathie mit den Ausgeschlossenen nimmt täglich zu. Um eine Aussprache mit den noch im Bund befindlichen Motorfahrern herbeizuführen, veranstaltet die oppositionelle Motorfahrervereinigung ein Landestreffen am 5. Oktober 1930, vormittags 10 Uhr, in der i. Ergeb., Volkshaus.

Genossen, laßt euch nicht einschüchtern und abhalten von dem Landestreffen mit den oppositionellen Motorfahrern, losch auf Aufforderung über die gemeinen Spaltungstreiber in der „Solidarität“, Tretet mit ein für die Einheit im Arbeiter-sport! Werde Kämpfer für die rote Sporteinheit!

Jeder rote Sportler sorgt in seinem Orte dafür, daß dieser Artikel zur Kenntnis aller am Orte befindlichen Motorfahrer der „Solidarität“ kommt.

RSD-Veranstaltungen

Rote Betriebsräte und Vertrauensleute, Funktionäre der RSD von Neustadt, am Dienstag dem 30. Septembr, 19,30 Uhr, in Pölkers Restaurant, wichtige Versammlung, alle erscheinen!

Gefährliche Mitteilung
Ludwig Bach & Co. nach dem Umbau
Die Firma Ludwig Bach & Co. hat am Sonnabend ein neues Kaufhaus in der Wettinstraße durch Renovierung dem Publikum übergeben. Die vorher recht unmodernen Räume sind jetzt mit allen Einrichtungen versehen, die dem Kaufhaus Bach & Co. es leicht machen werden, zu kaufen, so wie mit diesem Umbau in der Reihe der ersten Häuser eines guten Platzes nehmen.

Verantwortlich für Politik und Gewerkschaftliches: Ernst Scheller, An d. Post-Verl.; für Lokales und Revisionen: Willi Förster, Druck für Sport: Albert Wiedtke, Dresden; für Inserate: Verlag Postfach 111, Dresden. — Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Postfach 111, Dresden, Druckereisstraße Dresden, Güterbahnstraße 3.

Rumba
hält die Wäsche rein!

Hersteller des bevorzugten Rumba Überalles

KaufhausRichter
Oberpöritz
empfehlen
Wurst
1/4 Pfund 35 Pfennig
7 % Rückvergütung
H. Köper, Freitag 12

Fleisch- u. Wurstwaren
empfehlen
Willy Pfützner, Am See 23
Gewichte meiner verehrten Kundschaft auf alle Waren
6 % Edeka-Rabatt

Linoleum
in allen Breiten und Stärken der beste Fußbodenbelag
Stragula
der billigste Fußbodenbelag

Ewald Kluge
Pirna, Lange Straße 17, gegenüber Rest. zur Börse

Rundfunk
Montag, 29. Sept. über
16,30: Jagdmusik. 18: Wettervorhersage und Zeitangabe. 18,05: Vortrag: Aus der Werkstatt des Musikkritikers. 18,30: Das neue Buch. 19: Stunde der Neuerungseinerungen. 19,30: Volkstümliche Weisen. 20: Sinfoniekonzert. 22: Zeitangabe, Wettervorhersage, Pressebericht und Sportfunk. Anschl. bis 24: Tanz- und Unterhaltungsmusik.
Dienstag, 30. September
16,30: Konzert. 18: Wettervorhersage und Zeitangabe. 18,05: Vortrag: Umichau in der Welt der Frau. 18,30: Französisch. 19: Zwiegespräch „Aus dem Leben, für das Leben“. 19,40: Albert-Retelberg-Stunde. 20,40: zehn Dramen in einer Stunde. 21,40: Musik von heute. 22,10: Zeitangabe, Wettervorhersage, Pressebericht und Sportfunk. Anschl. bis 24: Tanzmusik.

VORWÄRTS
Neue Butterpreise
Butterpreise
Feinste Molkereibutter 0.90
ein Stück, 1/4 Pfd. RM
Feinste dänische Molkereibutter Drei-Flaggen-Märke 0.96
GEG, in Stücke geformt, 1/4 Pfd. RM
in Originalauswiegun 1.00
1/4 Pfd. RM

Konsumverein VORWÄRTS
Abgabe nur an Mitglieder